



**Bezirk Westliches  
Westfalen e.V.**

**GESCHÄFTSBERICHT**  
2001 . 2002 . 2003 . 2004



# Zukunft sozial gestalten

**Bezirkskonferenz 2004**



<b>GRUSSWORTE</b>	
Grußwort des Ministerpräsidenten	02
Grußwort des Vorsitzenden der SPD NRW	03
Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden und den Bezirksgeschäftsführer	04
<b>DER VORSTAND</b>	
Der Vorstand	09
<b>DER VERBAND</b>	
Mitglieder und Ehrenamt	11
Struktur und Organisation	14
Vorsitz und Geschäftsführung der AWO LAG NRW	16
Familienfest 2003 in Münster	17
<b>DAS UNTERNEHMEN</b>	
Das Unternehmen Arbeiterwohlfahrt	19
<b>RAHMENBEDINGUNGEN</b>	
Wohlfahrtspflegerische Rahmenbedingungen	27
Europäische Entwicklungen und Rahmenbedingungen	28
<b>SOZIALPOLITISCHE SCHWERPUNKTE</b>	
Hilfen für Senioren	33
Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung	36
Ausbildung und Qualifizierung	40
Fort- und Weiterbildung	42
Angebote für Kinder	44
Beratung und Betreuung	50
Hilfen für Menschen mit Behinderungen	62
<b>ENTWICKLUNGEN UND PERSPEKTIVEN</b>	
Entwicklungen und Perspektiven	60
<b>DIE GESELLSCHAFTEN</b>	
AW Kur und Erholungsgesellschaft mbH	71
AW Versorgungsgesellschaft mbH	73
<b>KORPORATIVE MITGLIEDER</b>	
Auflistung und Kurzbeschreibung	75

## Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen



Seit ihrer Gründung 1919 hat die Arbeiterwohlfahrt sich zu einem innovativen Sozialunternehmen entwickelt und gehört heute zu den größten Wohlfahrtsverbänden Deutschlands. Das zeigt auch der vorliegende Geschäftsbericht. Dabei hat sich das Profil der Arbeiterwohlfahrt in all den Jahren nicht verändert.

Es sind die vielen hauptberuflichen und ehrenamtlichen Mitglieder, die mit ihrem unermüdlichen Einsatz ein gutes Stück dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft menschlich bleibt. Die Arbeit mit hilfsbedürftigen Menschen in Seniorenzentren, Altentagesstätten, Tageseinrichtungen für Kinder und Beratungsstellen ist weitaus mehr als bloße Pflichterfüllung.

Ich weiß diese großen Anstrengungen sehr zu schätzen – besonders in Zeiten wie diesen, da eine Neuordnung unseres Sozialsystems unabwendbar ist und zum Umdenken zwingt. Dass

die Arbeiterwohlfahrt auch schwierige Zeiten meistert und sogar gestärkt aus ihnen hervorgeht, hat sie in der Vergangenheit oft bewiesen.

Ich danke allen, die mit ihrem Engagement dafür sorgen, dass das „rote Herz“ auch weiter schlägt.

A handwritten signature in black ink, which appears to be 'P. Steinbrück'.

Peer Steinbrück

# Der Vorsitzende der SPD Nordrhein-Westfalen

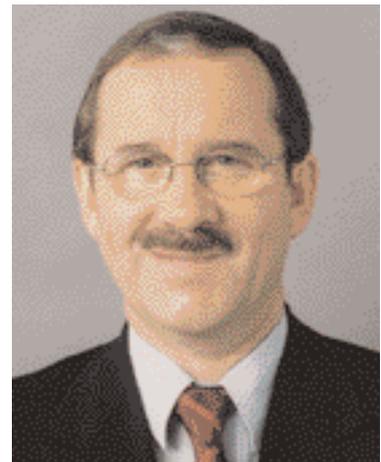
Die Arbeiterwohlfahrt ist eine Organisation, die ganz nahe am Puls unserer Gesellschaft steht. Sie bürgt für soziale Gerechtigkeit und soziale Verantwortung. Ihre ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissen nur zu gut, wie schnell Menschen in Not geraten können. Auch erleben sie täglich, wie sich die „große Politik“ im Alltag der Menschen auswirkt. Was am grünen Tisch wie ein Detail aussehen mag, kann tief in die Lebensumstände der Betroffenen eingreifen.

Die Politik ist auf das wertvolle Wissen der Wohlfahrtsverbände angewiesen. Weil sie die Erfahrungen der unmittelbar Handelnden ernst nimmt, kann sie die Grundlagen unseres Sozialstaats so ausgestalten, dass die Bürgerinnen und Bürger die Chance auf ein Leben in Würde und Sicherheit haben.

Über Jahrzehnte haben unsere sozialen Sicherungssysteme den Menschen eine solide Absicherung im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit gegeben. Grundlage dafür war die solidarische Finanzierung, sie war und ist der Dreh- und Angelpunkt für unser erfolgreiches Sozialstaatsmodell.

Inzwischen wissen wir, dass sich die Bedingungen für die sozialen Sicherungssysteme verändert haben: Unsere Bevölkerung nimmt ab, Menschen werden – zum Glück – immer älter. Deshalb sind Veränderungen jetzt notwendig.

Es stimmt, die von der Bundesregierung beschlossenen Reformmaßnahmen werden von Kritik aus der Bevölkerung und den Sozialverbänden begleitet, weil es sich hier um einen sehr sensiblen Bereich handelt. Wir müssen aber die Verantwortung wahrnehmen, unsere Sozialsysteme zukunftstauglich zu machen, damit sie auch auf Dauer unseren Ansprüchen an eine solidarische Gesellschaft gerecht werden.



A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Harald Schartau'.

Harald Schartau



**Wolfgang Altenbernd, Geschäftsführer**

**Bodo Champignon, Vorsitzender**

## Liebe Freundinnen und Freunde,

hiermit legen wir den Geschäftsbericht für die Jahre 2001 bis 2004 vor. Wir tun dies vor dem Hintergrund gewaltiger gesellschaftspolitischer Veränderungen in Deutschland, in Europa, auf der Welt. Viele Errungenschaften, für die unsere Eltern, Großeltern und Urgroßeltern in den letzten mehr als 130 Jahren eingetreten sind, stehen auf dem Prüfstand. Die Globalisierung von Dienstleistungsangeboten und Warenproduktionen und immer einfacher werdende weltweite Kommunikationsmöglichkeiten haben Einfluss auf bisherige kleinräumige, gebietskörperschaftsbezogene Strukturen und Denkweisen.

Die sich hieraus ergebenden Veränderungen in der Arbeitswelt – neue Fragen der Mobilität – bedingen den Umbau nahezu aller Gesundheits- und Sozialsysteme, um deren Finanzierbarkeit auf Dauer zu erhalten und damit Sicherheit für die Menschen in diesem Lande zu gewährleisten. Die Konsequenzen, die sich aus diesen Veränderungsprozessen ergeben und weiter ergeben werden, haben uns in unserer praktischen Arbeit in

den Ortsvereinen, Kreisverbänden, Unterbezirken und dem Bezirksverband – haben uns in Nordrhein-Westfalen – längst erreicht. Wir waren und wir sind vorbereitet auf die sich hieraus ergebenden Herausforderungen. Der Mitgliederverband hat sich sicherlich verändert, er ist jedoch nach wie vor lebendig. Vorstandsmitglieder und hauptamtliche Entscheidungsträger stellen sich den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft der Arbeiterwohlfahrt – der Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege – in dieser Zeit des Umbaus.

Nach wie vor nimmt unsere Mitgliederzahl leider ab. Gründe liegen einerseits in der Überalterung unserer Mitgliederstruktur, zum anderen verfügen wir erst seit dem Jahre 2003 über eine bessere statistische EDV-gestützte Möglichkeit der zentralen Mitgliedererfassung. Der Bezirksvorstand hat eine Arbeitsgruppe im Jahre 2002 einberufen und sie beauftragt, den Mitgliederverband zu durchleuchten, Zukunftsfragen zu formulieren und Verfahren der Mitgliedererfassung vorzubereiten.



**Elke Temel-Völkel, Stellv. Vorsitzende**



**Eckard Andersson, Stellv. Vorsitzender**

Eine gleich lautende Diskussion hat der Bundesvorstand mit einer Arbeitsgruppe „Verbandsstrukturen“ aufgegriffen. Es ist beabsichtigt, die damit verbundenen Fragestellungen in den Jahren 2004 bis 2006 zu diskutieren und Zielperspektiven zu verabschieden.

Der Bezirksverband Westliches Westfalen wird sich aktiv an dieser Diskussion beteiligen, denn Mitglieder werden auch in Zukunft – da es immer mehr um professionelle Dienstleistungen, um Konkurrenz, Wettbewerb und Profit geht – ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit und eine unverzichtbare Säule unserer Verbandsstruktur sein; damit wir weiterhin für eine menschliche Gesellschaft eintreten können.

In unserem Bezirk haben wir vor mehr als zehn Jahren begonnen, die hauptamtliche Arbeit neu zu organisieren – sie neu auszurichten. Dieser Prozess konnte im Berichtszeitraum mit der Gründung der Unterbezirke Münster-Steinfurt und Gelsenkirchen-Bottrop abgeschlossen werden.

Die hauptamtliche Arbeit in unserem Bezirksverband ist nunmehr im Bezirksverband selbst und in elf Unterbezirken sowie dem Kreisverband

Siegen-Wittgenstein/Olpe organisiert. Wir haben damit sicherlich viel früher als andere Verbände der Freien Wohlfahrtspflege auf ökonomische Herausforderungen reagiert. Es zeigt sich jedoch bereits heute, dass dieser Prozess aufgrund einer weiteren Ökonomisierung der sozialen Arbeit nicht beendet ist. Es gilt auch in Zukunft, mit Augenmaß unsere hauptamtlichen Aktivitäten den jeweiligen Bedingungen anzupassen.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei den vielen Funktionsträgern – den Vorständen unserer Ortsvereine, Stadtverbände, Kreisverbände und Unterbezirke – für ihr Vertrauen, ihre Loyalität und eine immer partnerschaftliche Zusammenarbeit beim Eintreten für unsere gemeinsamen Anliegen.

Wir bedanken uns bei den rund 14.000 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserem Bezirk, bei den Vertrauensleuten und Betriebsräten, die gerade in den schwieriger gewordenen Zeiten in der Regel partnerschaftlich und qualifiziert mit uns zusammenarbeiten.

Unser Dank gilt den vielen tausend Mitgliedern in unseren Ortsvereinen und damit auch den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern,



**Bei der Arbeit: Wolfgang Altenbernd, Bodo Champignon, Elke Temel-Völkel, Eckard Andersson, Maria Kraudszun und Ferdinand Hollmann (v.l.n.r.)**

ohne die wir nicht dieser aktive und lebendige Wohlfahrtsverband wären. Wir bedanken uns bei den vielen Gruppen, Initiativen, Vereinen und Verbänden, die als korporative Mitglieder unsere Arbeit erweitert haben.

Wiederum haben wir im Berichtszeitraum viele zehntausende Menschen beraten, betreut, versorgt und gepflegt. Wir haben stärker denn je versucht, Einfluss zu nehmen auf politische Ent-

wicklungs- und Entscheidungsprozesse im Interesse der Menschen unseres Landes. Wir werden dies auch in Zukunft so halten. Wir freuen uns, nach nunmehr 85 Jahren des Bestehens der Arbeiterwohlfahrt, auf die zukünftigen Herausforderungen. Wir laden alle nachhaltig ein, diese Zukunftsprozesse aktiv mitzugestalten, damit unsere Wünsche und Ziele – aber auch unsere Traditionen und Wurzeln – nicht verloren gehen.

Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

Bodo Champignon MdL, Bezirksvorsitzender

Wolfgang Altenbernd, Bezirksgeschäftsführer



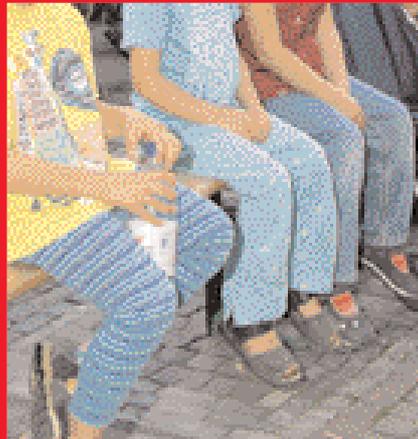


# DER VORSTAND

# Der Vorstand

Vorsitzender:	Bodo Champignon, MdL	UB Dortmund
Stellv. Vorsitzende:	Eckard Andersson	KV Münster
	Elke Temel-Völkel	KV Siegen
Beisitzer/innen:	Gabriele Gorcitzka, MdL	KV Herne
	Heinrich Häckel	KV Soest
	Günter Harms	KV Warendorf
	Wilfried Hartmann	KV Ennepe-Ruhr
	Ferdinand Hollmann	UB Dortmund
	Dirk Homölle	KV Borken
	Ernst Löchelt	KV Bottrop
	Herbert Lowens	KV Recklinghausen
	Margret Mader	KV Unna
	Hans-Jürgen Meißner	KV Gelsenkirchen
	Irmgard Peters	KV Steinfurt
	Lore Range	KV Bochum
	Michael Scheffler, MdL	KV Märkischer Kreis
Bezirksjugendwerk:	Stefan Schmidt	
Revisor/innen:	Anita Brückner	KV Ennepe-Ruhr
	Heijo van Gimpte	KV Coesfeld
	(ausgesch. 11/2002)	
	Johannes Hermann	KV Unna
	Maria Michalek	KV Recklinghausen
	Gerhard Wolf	KV Hochsauerland
Schiedsgericht:	Rolf Baecker	UB Dortmund
	Werner Krüger	KV Unna
	Friedhelm Schlichting	KV Recklinghausen
	Jürgen Sawahn	KV Siegen
Geschäftsführer:	Wolfgang Altenbernd	





## DER VERBAND

# Mitglieder und Ehrenamt

Die Arbeiterwohlfahrt Westliches Westfalen e.V. gliedert sich, als Mitgliederorganisation, aktuell in 19 Kreisverbände und ca. 350 Ortsvereine. Die Mitgliedszahlen und auch das Beitragsaufkommen waren im Berichtszeitraum – wenn auch nur leicht – weiter rückläufig. Dennoch bilden die ca. 50.000 Mitglieder – der Bezirk Westliches Westfalen ist damit nach wie vor die größte Gliederung der Arbeiterwohlfahrt in Deutschland – eine solide Basis für die Gestaltung des Verbandslebens sowie für eine engagierte sozialpolitische Positionierung und Interessenvertretung.

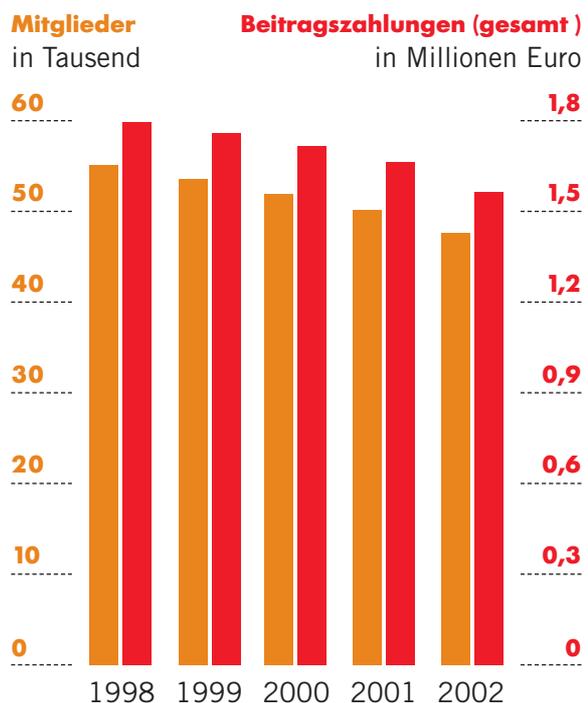
Der Rückgang der Mitgliedszahlen ist zum einen auf demographische Faktoren – es scheiden mehr Mitglieder (meistens durch Tod) aus, als neue eintreten – zurückzuführen. Zum anderen erfolgte eine statistische Korrektur durch die nun sehr präzise Erfassung der Mitglieder durch die bundesweite ZMAV (Zentrale Mitglieder- und Adressverwaltung).

Von rückläufigen Mitgliedszahlen ist jedoch nicht nur die Arbeiterwohlfahrt betroffen. Andere traditionelle Großorganisationen (Parteien, Gewerkschaften, Kirchen) sind mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Die schwindende Bindungskraft sozialer Milieus, die Skepsis – insbesondere junger Menschen – gegenüber großen Organisationen, aber auch die Konkurrenz eines wachsenden Freizeitmarktes sind einige der Ursachen für diesen Prozess.

Einher mit dem Rückgang der Mitgliedszahlen geht eine veränderte Bereitschaft zu ehrenamtlichem und freiwilligem Engagement. Viele Menschen wollen sich nach wie vor sozial engagieren – sie wollen sich jedoch nicht mehr „mit Haut

und Haaren“ an eine Organisation binden. Ihr Engagement ist oft zeitlich befristet, auf ein besonderes Thema konzentriert und mit dem Wunsch nach großer Eigenständigkeit bei der Aufgabenwahrnehmung verbunden. Besonders schwierig gestaltet sich in vielen Ortsvereinen die Neubesetzung der Vorstände und Gremien. Trotzdem ist und bleibt der Bezirksverband mit allen seinen Gliederungen aktions- und handlungsfähig. Dies stellten nicht zuletzt die vielen ehrenamtlichen Helfer unter Beweis, die sich beispielsweise im Jahre 2002 im Rahmen der Solidaritätsaktion „Hochwasser Sachsen“ engagiert haben.

## BEITRAGSZAHLUNGEN UND MITGLIEDERENTWICKLUNG





**Ministerpräsident Peer Steinbrück beim Frühstück mit Ehrenamtlichen im Minna-Sattler-Seniorenzentrum**

Um diese Themen – die Gewinnung neuer Mitglieder und die Gewinnung neuer Ehrenamtlicher – ausführlich zu diskutieren, hat der Bezirksvorstand die Arbeitsgruppe „Ehrenamt“ eingerichtet. Die Arbeitsgruppe, besetzt mit ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern der Kreisverbände/Unterbezirke und des Bezirksverbandes, hat in den Jahren von 2002 bis 2004 kontinuierlich getagt. Auf ihren Vorschlag hin hat der Bezirksvorstand im September 2003 die Durchführung einer großen konzertierten Mitgliederwerbekampagne beschlossen. Für den 20. September 2003 lud der Bezirksverband erstmalig alle Ortsvereinsvorsitzenden zu einer Zusammenkunft nach Münster ein. Landtagspräsident Ulrich Schmidt eröffnete die Tagung mit einem Grundsatzreferat zum Thema „Ehrenamtliches und freiwilliges Enga-



gament in der Freien Wohlfahrtspflege“. Im Anschluss diskutierten die Teilnehmer intensiv mit dem Referenten und tauschten sich über die ersten Ideenskizzen zur Mitgliederwerbekampagne aus.

Der offizielle Startschuss dieser Kampagne wird im Rahmen der Bezirkskonferenz am 10. Juni 2004 in Bochum

erfolgen. Und unter dem Motto „Einfach viel bewegen“ wird der Verband dann Ende 2004/Anfang 2005 in der Öffentlichkeit aktiv. In zahlreichen sozialen Einrichtungen des Bezirksverbandes leisten Ehrenamtliche und Freiwillige bereits heute Beiträge, welche die Lebensqualität der betreuten Menschen verbessern. Dieser Einsatz findet derzeit jedoch noch zu unkoordiniert und unter unterschiedlichsten Rahmenbedingungen statt.



Die Arbeitsgruppe „Ehrenamt“ empfiehlt zu diesem Komplex die Implementierung eines Projektes im Arbeitsbereich der stationären Altenhilfe, welches insbesondere auch die systematische Qualifikation der Ehrenamtlichen und besondere Formen der nicht finanziellen Anerkennung einbezieht. Auch die Besonderheiten des Zusammenwirkens zwischen Ehrenamt und Hauptamt sollen Beachtung finden.

Eine besondere Würdigung erfuhr das ehrenamtliche Engagement innerhalb des Bezirksverbandes durch Ministerpräsident Peer Steinbrück, der im Sommer des Jahres 2003 das Minna-Sattler-Seniorenzentrum in Dortmund besuchte, um dort mit freiwilligen Helfern über ihre Erfahrungen zu diskutieren.

Aktiv hat sich der Bezirksverband auch weiterhin für die Verbesserungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche eingesetzt. Neben anderen Entwicklungen muss-

ten wir nun leider auch im Bereich der Arbeitsamtsverwaltungen bedenkliche Tendenzen zur Kenntnis nehmen.

Zum einen entschieden Arbeitsämter, dass derjenige Empfänger von Unterstützungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit, der mehr als 15 Stunden in der Woche ehrenamtlich tätig ist, nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und somit keine Ansprüche auf Leistungen mehr hat.

Zum anderen fordert die Bundesagentur für Arbeit ihre Mitarbeiter auf, Funktionen z.B. in Wohlfahrtsverbänden niederzulegen, sofern diese Verbände an Programmen der Bundesagentur partizipieren. Interessenskonflikte sollen so angeblich vermieden werden.

Gegen beide Vorgänge hat der Bezirksverband gemeinsam mit der AWO LAG NRW politisch Stellung bezogen.

# Struktur und Organisation

Mit der Gründung der Unterbezirke Gelsenkirchen-Bottrop und Münster-Steinfurt Ende 2000/Anfang 2001 und der damit verbundenen Zusammenführung der jeweiligen hauptamtlichen Arbeitsfelder wurde eine erste Phase der Neuorganisation und Ressourcenbündelung im Unternehmensbereich erfolgreich abgeschlossen. Elf Unterbezirke und ein Kreisverband bilden nun mit dem Bezirksverband selbst und den angeschlossenen GmbHs das unternehmenspolitische Rückgrat im Westlichen Westfalen. In der Rechtsform des eingetragenen Vereins konnten somit Strukturen geschaffen werden, die zum einen die wirtschaftliche Solidität des gesamten Bezirksverbandes sicherstellen und die zum anderen ein den jeweiligen Rahmenbedingungen angepasstes Agieren in den Regionen ermöglichen.

Die bundesweite Entwicklung in der Arbeiterwohlfahrt gestaltet sich, bezogen auf die Organisation des Unternehmensbereiches, ausgesprochen heterogen. Neben der vom Bezirksverband Westliches Westfalen e.V. praktizierten Reorganisation in der Form des eingetragenen Vereins finden wir andernorts die Ausgliederung einzelner Unternehmenssparten oder des kompletten Unternehmensbereiches in (zum Teil gemeinnützige) GmbHs.

Der Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt hat diese Entwicklung zum Anlass genommen, zuerst eine Arbeitsgruppe „Unternehmensentwicklung“ und im Anschluss eine Arbeitsgruppe „Verbandsentwicklung“ einzurichten. In beiden Arbeitsgruppen war bzw. ist der Bezirksverband personell vertreten.

Unbestritten ist, dass der überwiegende Teil der sozialen Dienstleistungen einem immer stärkeren

ökonomischen Wettbewerb unterliegt. Die Ökonomisierung der sozialen Arbeit ist nicht umkehrbar! Neben den durch die Kompetenzen der Europäischen Union gesetzten Rahmenbedingungen, z.B. im Wettbewerbsrecht, zeigt auch die deutsche Debatte um die Reform des Sozialstaates hier ihre ersten Auswirkungen. Wettbewerbsbedingungen sind nicht mehr an den Strukturen der Gebietskörperschaften orientiert. Die Arbeitsamtsverwaltungen zum Beispiel schreiben gemeinsam Vergabelose für verschiedene, weit voneinander entfernt liegende Gemeinden aus und machen somit Grenzen von Gebietskörperschaften und sozialräumliche Verankerung scheinbar obsolet. Wohlfahrtsverbände sind gezwungen, sich, zum Teil spitzenverbandsübergreifend, zu Bietergemeinschaften zusammenzuschließen. Privatgewerbliche Anbieter haben

## DER BEZIRKSVERBAND – EHRENAMTLICHE STRUKTUR





**Kanzlerbesuch auf dem Schultenhof, 2002**

trotzdem, im Wesentlichen auch bedingt durch andere (überwiegend fehlende) tarifliche Rahmenbedingungen, die Nase vorn.

Im Bereich der Anbieter sozialer Dienstleistungen wird es zukünftig weiter zu gravierenden Konzentrationsbewegungen kommen. Will die Arbeiterwohlfahrt als Wohlfahrtsverband in dieser Situation weiter als kompetenter und potenter Anbieter und Leistungserbringer agieren, ist die Neujustierung der strategischen Zielsetzungen unumgänglich. Dies wird Veränderungen in den Leitungs- und Steuerungsstrukturen und in der Trägerstruktur selbst mit sich bringen.

Die Arbeitsgruppe des Bundesvorstandes hat mit Blick auf diese Aufgabenstellung zwei unterschiedliche Organisationsmodelle diskutiert und präsentiert. Zum einen ein „Vereinsmodell“, welches die Vereinsstrukturen an die veränderten Unternehmensanforderungen anpasst. Zum anderen ein „Spartenmodell“, welches bestimmte Unternehmensbereiche regionsübergreifend zu Unternehmensgruppen zusammenfasst. Die Präferenz des Bezirksverbandes Westliches Westfa-

len liegt, entsprechend unserer bereits getroffenen Entscheidungen, eindeutig beim „Vereinsmodell“ und der Aufrechterhaltung des „Gebietschutzes“ innerhalb der Regionen. In einer Gebietskörperschaft kann und soll es auch in Zukunft nur eine AWO geben. Die Anwendung eines bundesweit einheitlichen Organisationsmodells ist unseres Erachtens nach weder realisierbar noch erstrebenswert.

Bezogen auf die Entwicklung des Mitgliederverbandes hat die Arbeitsgruppe des Bundesvorstandes die stärkere Zentralisierung des Mitgliedswesens diskutiert. Folgende Aspekte spielten hierbei z.B. eine Rolle:

- die Möglichkeit einer bundeszentralen Mitgliedschaft, parallel zu der in einem Ortsverein
- die zentrale, professionelle Anwerbung von Mitgliedern
- die flexible Mitgliedschaft in bestehenden oder neu zu gründenden AWO Fachverbänden
- geldwerte „Clubvorteile“ für AWO-Mitglieder
- die Erweiterung des „Angebotsfächers“ für Mitglieder



**Regierungspräsidentin Renate Drewke bleibt mit der AWO im Gespräch**

Ziel könne die Zahl von zwei Millionen AWO-Mitgliedern in Deutschland sein. Der Bezirksverband Westliches Westfalen steht diesen Überlegungen eher skeptisch gegenüber. Sicherlich müssen die Ausrichtung der Mitgliederwerbung und die Organisation sowie Betreuung der Mitgliedschaft

an die jeweiligen Rahmenbedingungen angepasst werden. Dort jedoch, wo relativ starke und intakte Strukturen, wie im Westlichen Westfalen, vorhanden sind, sollten diese Basis aller Bemühungen bleiben. Der mit geldwerten Vorteilen für die Mitgliedschaft verbundene Verlust der Gemeinnützigkeit des Verbandes ist strikt abzulehnen.

Eine Zukunft hat die Arbeiterwohlfahrt nur, wenn sie sowohl Mitgliederverband als auch soziales Unternehmen ist. Wer als Organisation im sozialen Umfeld und Alltag seiner Mitglieder präsent ist, gewinnt hier wesentliche Impulse für die sozialpolitische Positionierung.

Nur wer die Interessen möglichst vieler Mitglieder bündelt, kann diese erfolgreich in gesellschaftspolitische Debatten einbringen. Im Rahmen der bevorstehenden Bundeskonferenz 2004 werden erste wichtige Diskussionen zur Zukunft des Unternehmens und Mitgliederverbandes Arbeiterwohlfahrt geführt. Der Bezirk Westliches Westfalen ist auf diese Debatten gut vorbereitet.

## Vorsitz und Geschäftsführung der AWO LAG NRW

In der Zeit zwischen dem 1. Januar 2002 und dem 31. Dezember 2003 war der Bezirk Westliches Westfalen turnusmäßig mit der Leitung der Landesarbeitsgemeinschaft der AWO in Nordrhein-Westfalen betraut.

Unter dem Vorsitz von Bodo Champignon und der Geschäftsführung von Wolfgang Altenbernd stan-

den – neben vielen in diesem Bericht bereits an anderer Stelle erwähnten Fragen – die zukünftigen finanziellen Rahmenbedingungen der Freien Wohlfahrtspflege in NRW auf der Tagesordnung.

Mit vereinten Kräften konnten für das Jahr 2003 Einschnitte in die Landesförderung noch weitgehend verhindert werden. Der Doppelhaushalt

2004/2005 ist jedoch für die Träger der Freien Wohlfahrtspflege mit zum Teil erheblichen Belastungen verbunden.

Diese Entwicklung darf sich, soll der Fortbestand des Systems „Freie Wohlfahrtspflege“ in NRW nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden, in den nächsten Jahren nicht fortsetzen.

In zahlreichen konstruktiven Gesprächen mit Vertretern der Landesregierung, Mitgliedern des Landtages und Vertretern der Sozialdemokratischen Partei, zum Beispiel im Sozialrat der NRW SPD, wurden die Positionen der Arbeiterwohlfahrt zu allgemeinen gesellschaftspolitischen Fragen, zu Themen der Sozialpolitik und zur Förderpolitik des Landes NRW eingebracht.

## Familienfest 2003 in Münster

In Fortführung einer guten alten Tradition veranstaltete der Bezirksverband diesmal, gemeinsam mit dem Unterbezirk Münster-Steinfurt und der Westfalenfleiß gGmbH, am 19. und 20. September 2003 ein großes Familienfest in Münster.

Unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann präsentierte sich die Arbeiterwohlfahrt in Münsters „guter Stube“ rund um den Platz des Westfälischen Friedens. Drei große Bühnen, mehr als 50 Informations- und

Mitmachstände, ein buntes Kinderfest und ein breites kulinarisches Angebot zogen mehr als 50.000 Besucher an. Die Arbeiterwohlfahrt Westliches Westfalen e.V. präsentierte sich mit allen regionalen Gliederungen und vielen Einrichtungen als ein sozialer, kompetenter und innovativer Wohlfahrts- und Mitgliederverband.

Hierfür fand auch unser Ehrengast, Ministerpräsident Peer Steinbrück, mehr als nur anerkennende Worte.



**Familienfest in Münster – mit Freude dabei**



**Fürs Auge und Ohr – Flamenco**



## **DAS UNTERNEHMEN**

# Das Unternehmen Arbeiterwohlfahrt

Auch in den zurückliegenden vier Jahren musste sich das Unternehmen Arbeiterwohlfahrt Westliches Westfalen am Markt behaupten und sich so mancher neuen Herausforderung stellen.

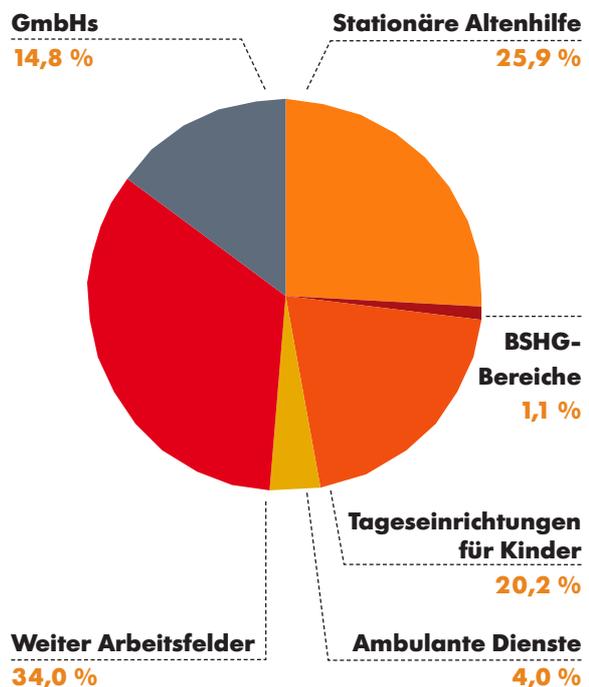
Die Reorganisation unserer Unternehmensbereiche (Bezirksverband und Unterbezirke/Kreisverband Siegen-Wittgenstein/Olpe) konnte abgeschlossen werden, sodass sich die hauptamtliche Arbeit in unserem Bezirksverband nunmehr auf den Bezirksverband selbst und nur noch zwölf Unternehmen/Unterbezirke (von ursprünglich 20 Kreisverbänden) sowie einige (strategische) GmbHs erstreckt. Die Anzahl unserer Unternehmen ist damit deutlich kleiner, jedes einzelne – bezogen auf Beschäftigungszahl und Umsätze – jedoch größer geworden. Die gewünschten Effekte sind eingetreten. Unsere internen betriebswirtschaftlichen Risiken konnten deutlich reduziert werden. Es zeichnet sich jedoch bereits ab, dass aufgrund der allgemeinen volkswirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland dieser Prozess nicht abgeschlossen ist.

In den Unterbezirken und Kreisverbänden mussten zum Teil schmerzhaft Zäsuren vorgenommen werden. So wurden zum Beispiel Sozialstationen in Dortmund, Bochum, Bottrop, Gelsenkirchen und Hagen geschlossen oder verkauft. Die neue Ausschreibe-(Vergabe-)Praxis der Bundesagentur für Arbeit (früher: Bundesanstalt für Arbeit) nimmt uns zunehmend alle Möglichkeiten, uns in diesen Arbeitsfeldern weiter zu betätigen. Offensichtlich spielt nur noch der Preis eine Rolle; die Qualität der Arbeit, die Kontinuität des Angebots und die Vernetzung verschiedener Angebote haben kaum noch Gewicht. Wenn es nicht gelingt, in teilweise anderen Unterneh-

mensformen sowie unter anderen Vergütungsregelungen unsere Angebote neu zu organisieren, wird die Arbeiterwohlfahrt Westliches Westfalen in Zukunft von diesem Markt verschwunden sein.

Die dramatischen Entwicklungen in den Haushalten des Bundes, des Landes Nordrhein-Westfalen und der Kommunen haben dazu geführt, dass bisherige Finanzierungsstrukturen massiv in Frage gestellt wurden (der Doppelhaushalt NRW für 2004/2005 kürzt die Personalkostenförderung in einem Volumen von 20/40%). Wir sind gezwungen, unsere Angebote einzuschränken. Zum Teil werden verschiedene Dienstleistungen

## GESCHÄFTSBEREICHE NACH STELLEN/BESCHÄFTIGTEN





**Übergabe des QM-Zertifikats: Bodo Champignon MdL, Prof. Werner Hlubek (TÜV), Ministerpräsident Peer Steinbrück, Bundesgeschäftsführer Rainer Brückers und Wolfgang Altenbernd (v. l. n. r.)**

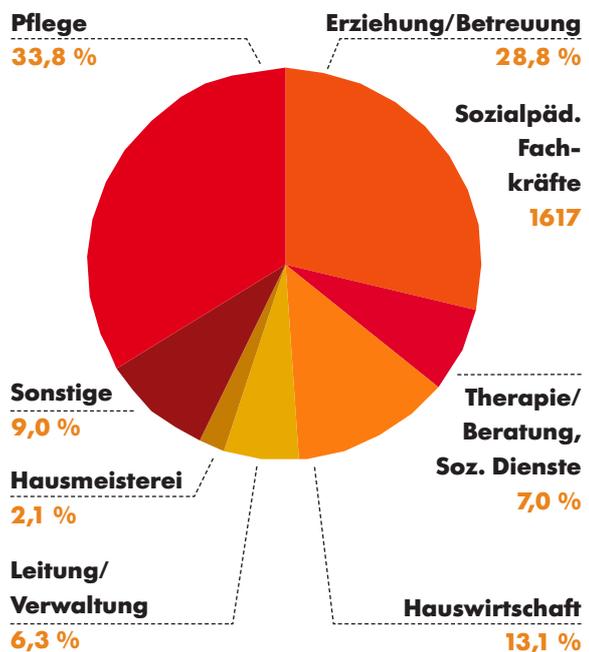
zusammengefasst und sind in Zukunft nicht mehr an jedem bisher gewohnten Standort vorhanden.

Die Strukturen des Sozialhilfebereiches folgen den Entwicklungen des SGB XI-Bereiches (Pflegeversicherung). Auch hier verabschiedet sich das bisherige Kostendeckungsprinzip. An dessen Stelle treten Preis-/Leistungsverhandlungen, die ein massives Umsteuern zur Folge haben.

Im Bereich der stationären Altenpflege können seit 1996 die Kostenentwicklungen im Rahmen von Pflegesatzverhandlungen nicht ausgeglichen werden. Eine immer stärker werdende Verdichtung der Arbeit ist die Folge. In unserem Bezirksverband sind in den letzten acht Jahren in den Seniorenzentren rund 10 % aller Stellen in der Pflege weggefallen und dies, obwohl die Arbeit nachweislich zugenommen hat. Einerseits hat uns dieser Prozess gezwungen, ökonomischer zu denken, Ressourcen zu bündeln und betriebswirtschaftliche Potenziale auszureizen. Andererseits stellen wir fest, dass die Dienstleistung „Pflege und Versorgung alter Menschen“ sich immer mehr auf rein pflegerische und versorgende Inhalte begrenzt und kaum mehr Zeit für per-

sönliche Zuwendung, ein Gespräch oder eine stressfreie Begleitung bei einem Spaziergang bleibt. Dies ist um so problematischer, da die

### BESCHÄFTIGTE NACH FUNKTIONSBEREICHEN/GESCHÄFTSBEREICHEN



alten Menschen, die bei uns einziehen, heute im Schnitt acht bis zehn Jahre älter und erheblich pflegebedürftiger sind als noch vor wenigen Jahren.

Im Bereich der stationären Altenpflege hat sich das Land Nordrhein-Westfalen von dem bisherigen Instrument der Bedarfsplanung und Bedarfssteuerung verabschiedet. Damit wird dieser Markt noch offener, noch umkämpfter und – mit Sorge muss man anmerken – mittelfristig betriebswirtschaftlich noch anfälliger. Ein Überangebot an Plätzen erhöht zwar die Auswahlmöglichkeiten für Inanspruchnehmer, aber in gleichem Maße auch die Anzahl der nicht belegten Plätze. Hieraus werden sich zukünftig auch Insolvenzen ergeben.

Unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen haben wir alles daran gesetzt, unser Marketing zu verbessern und unser Dienstleistungsangebot in einer sich verändernden Wettbewerbssituation zu platzieren, die zunehmend durch Konkurrenz zu privatgewerblichen Mitbietern geprägt ist.

Unter Hinzuziehung externer Beratungskompetenz wurden die Marketingfelder

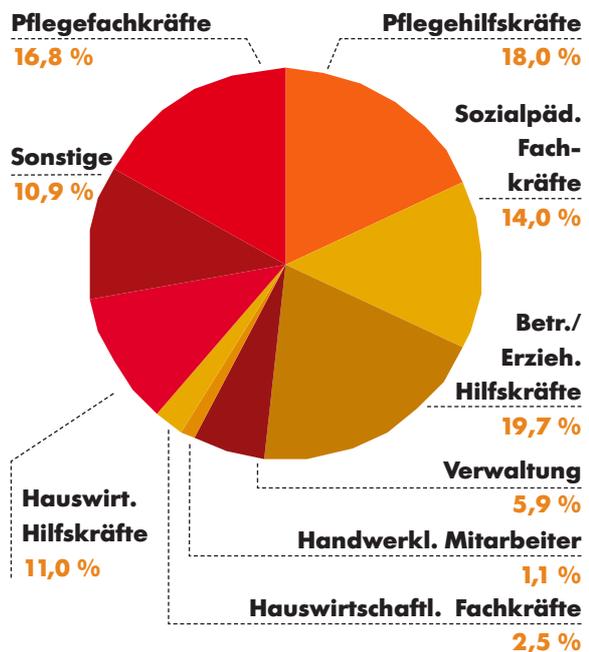
- Marktforschung und Zukunftsbilder
- Strategische Positionierung
- Produktmanagement
- Maßnahmen der Kommunikation
- Controlling
- Organisation

einer systematischen Betrachtung und Bewertung unterzogen. Erste praktische Ergebnisse dieses Prozesses sind unter anderem die Neuauflage aller Druckerzeugnisse, mit denen wir die Seniorenzentren bewerben. Wir haben eine interaktive CD-ROM-Präsentation produziert, die unsere Mitarbeiter an Angehörige geben können, damit sie zu Hause – in aller Ruhe – mit ihren Eltern eine Entscheidung vorbereiten und treffen können.

Nach einer ersten großen Kundenbefragung vor drei Jahren wird nunmehr eine weitere Kundenbefragung vorbereitet. Wir haben ein Konzept für Messestände erstellt und suchen systematisch auch Verbrauchermessen wie den „Dortmunder Herbst“ auf, um unsere Dienstleistungen der Öffentlichkeit vorzustellen.

Wir präsentieren zwischenzeitlich unsere Seniorenzentren unter der Marke/dem Logo „AWO Seniorenzentren“ und wollen in Zukunft in noch stärkerem Maße unsere verbandsinternen Vernetzungsmöglichkeiten nutzen: Kindergärten empfehlen Seniorenzentren, Kindergärten empfehlen Kur- und Erholungseinrichtungen, Seniorenzentren empfehlen Beratungsdienste usw. In diesem Kontext ist die Schaffung eines entsprechenden Bewusstseins und die Vermittlung der entsprechenden Kompetenz bei den in un-

### BESCHÄFTIGTE (GESAMT) NACH QUALIFIKATION (BERUFSGRUPPEN)





**Oberstes QM-Ziel: Mehr Lebensqualität für Bewohnerinnen und Bewohner**

seren Einrichtungen verantwortlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von immens großer Bedeutung.

Seit einigen Jahren verfolgen wir mit Nachdruck das Ziel, Qualitätsmanagementstrukturen in unsere Arbeit einzubinden und über externe Prüfungen gemäß DIN ISO-Normen zertifizieren zu lassen. Nachdem zunächst die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen diesen Weg gegangen sind, hat der Bezirksverband im Berichtszeitraum ein umfassendes Qualitätsmanagementsystem für die Seniorenzentren entwickelt und eingeführt. Unter großer Beteiligung der fachkompetenten Mitarbeiterschaft wurden Qualitätsmanagementhandbücher entwickelt, deren

Umsetzung die Arbeit in den Seniorenzentren nachweislich erheblich verbessert hat und uns eine kontinuierliche Dienstleistungsqualität sichert.

Es hat eine gewaltige Kraftanstrengung gekostet, nahezu 6.000 Mitarbeiter in diesen Prozess zu integrieren. Im Sommer 2003 konnte als ein wichtiges Zwischenergebnis die erfolgreiche Zertifizierung gemäß DIN ISO, aber auch gemäß den AWO-Qualitätsforderungen, erreicht werden. Wir werden diesen Prozess auf hohem Niveau weiterführen und durch das QM-System unsere Dienstleistungsqualität in den Seniorenzentren kontinuierlich überprüfen, sichern und mit der Kompetenz unserer Mitarbeiter weiterentwickeln. Hier sei beispielhaft nur erwähnt, dass im Rahmen



dieses Prozesses auch weiterhin zwischen 50 und 250 Mitarbeiter in themenspezifischen Arbeitsgruppen daran beteiligt sind. Insgesamt wurden bisher fünf Systemauditoren, 15 Fachauditoren, zehn Qualitätsmanagementbeauftragte und 75 Qualitätsbeauftragte ausgebildet.

Obwohl zahlreiche Gründe für dieses QM-System sprechen, ist die praktische Umsetzung insbesondere vor dem Hintergrund der sich verändernden Rahmenbedingungen zu einer hohen Belastung geworden. Jedoch gibt es keine Alternative, wenn wir neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen auch unter Qualitäts- und Marketinggesichtspunkten in Zukunft einer der besten Anbieter sein wollen.

Die erfolgreiche Leitung und Steuerung eines Unternehmens wie der AWO im westlichen Westfalen ist heute ohne die Hilfe einer leistungsstarken und modernen EDV nicht mehr denkbar. Auch wenn das papierlose Büro sicherlich noch eine Vision der fernen Zukunft ist, lassen sich durch die intelligente Gestaltung der eigenen EDV-Organisation (IT-Landschaft) Kosten senken und Qualitätsstandards steigern.

Nachdem der Bezirksverband seit dem Jahre 2001 mit einer eigenen Website im Internet präsent ist, wurde im Jahr 2003 mit den konzeptionellen Vorbereitungen zum Aufbau eines Intranets (VPN) begonnen. Ziel ist es, die Bezirksgeschäftsstelle, die Geschäftsstellen der Unterbezirke und Kreisverbände sowie die Seniorenzentren und Kur-Einrichtungen untereinander zu vernetzen, sodass es hier zu einem elektronischen Austausch von Daten kommen kann. Der Einstieg in eine solche Entwicklung hat eine Dynamik mit sich gebracht, die massiven Einfluss auf bisherige Arbeitsabläufe hat.

So müssen wir feststellen, dass schon heute mehr elektronische Post in der Bezirksgeschäftsstelle eingeht als solche in Papier, und dass wir selbst sehr viel häufiger eigene Post elektronisch versenden als dies per Brief oder Fax zu tun. Ab Sommer 2004 werden Abrechnungs- und Erfassungsunterlagen aller Bewohnerinnen und Bewohner der Seniorenzentren nur noch auf elektronischem Wege zwischen den Einrichtungen und der Bezirksgeschäftsstelle bearbeitet.

Längst ist es in der Bezirksgeschäftsstelle und in vielen Unterbezirken und Kreisverbänden üblich, sich Vermerke als Mail von einem Arbeitsplatz (Rechner) auf den anderen zu schicken. Die kurz- bis mittelfristige Planung bezieht elektronische Archive ebenso ein wie das Führen elektronischer Personalakten.

Die vom Bezirksverband gewählte Konzeption und Technologie bieten ein hohes Maß an Datensicherheit und erfüllen die empfohlenen bzw. vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Standards.



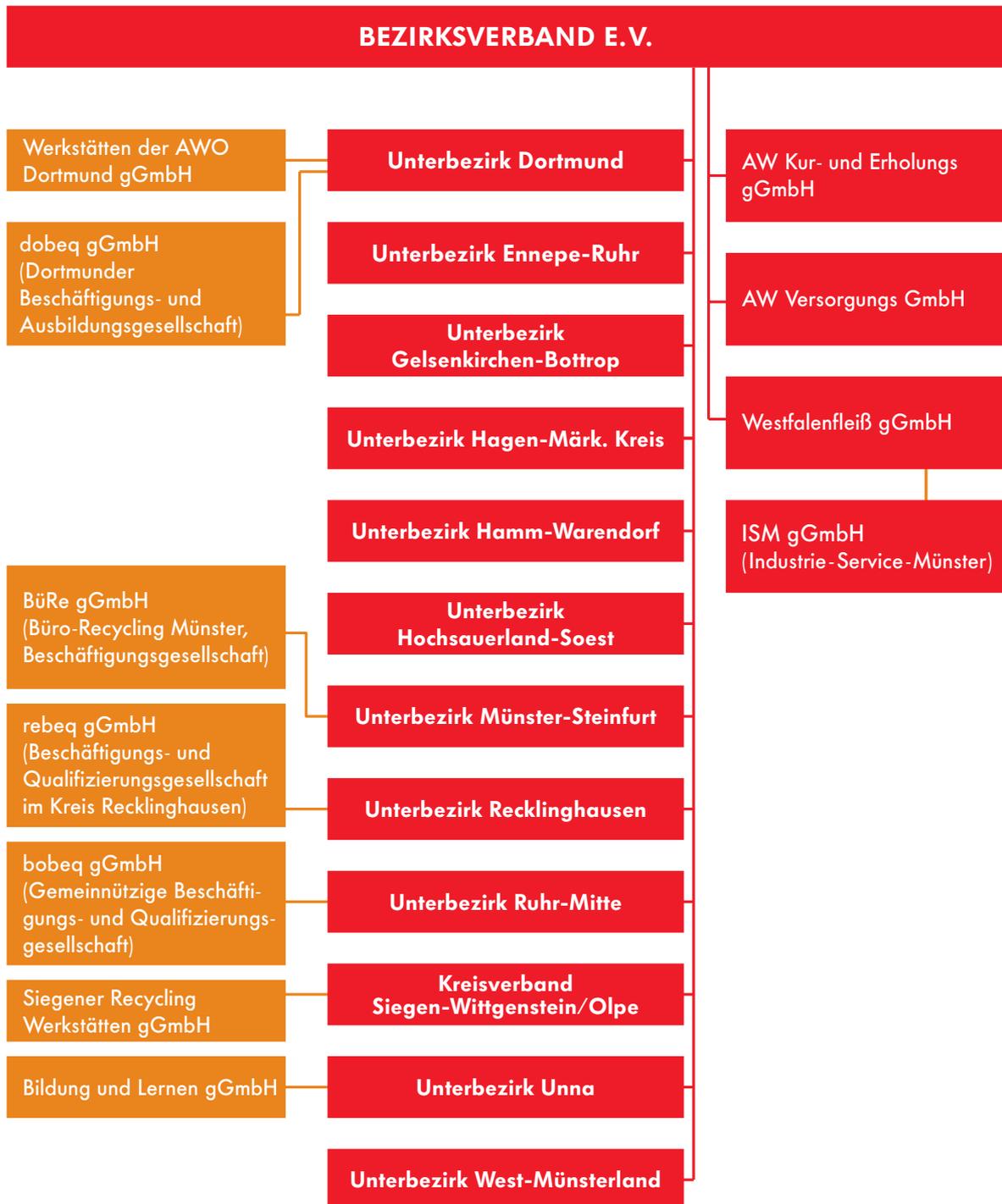
**AWO-Bezirksgeschäftsstelle in Dortmund**

**BEZIRKSGESCHAFTSSTELLE**

(zukünftige Organisationsstruktur)



HAUPTAMTLICHE UNTERNEHMERSTRUKTUR





## **RAHMENBEDINGUNGEN**

# Wohlfahrtspflegerische Rahmenbedingungen

Wie bereits an anderen Stellen in diesem Bericht angedeutet, verändern sich die Rahmenbedingungen für soziale Arbeit in unserer Gesellschaft gewaltig. Globalisierung und Europäisierung haben längst auf unsere wohlfahrtspflegerische Arbeit Einfluss genommen. Die Organisation stationärer und ambulanter Pflege richtet sich mehr an Rahmenbedingungen europäischen Wettbewerbsrechtes, europäischen Bedingungen für Subventionen als an nationalem Recht aus. Andere, bisher nicht in Frage gestellte Förderungsbereiche werden heute dahingehend überprüft, ob sie denn mit dem europäischen Subventionsrecht in Einklang stehen. All dies hat zur Folge, dass wir mehr und mehr gezwungen werden, bisherige Strukturen, bisherige Angebotsformen und bisherige Hilfeleistungen in Frage zu stellen. Längst steht nicht mehr allein die Hilfe für Menschen im Vordergrund hauptamtlicher Arbeit, sondern die Überprüfung von Rahmenbedingungen, die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und Verordnungen, der Abgleich mit steuerrechtlichen Bestimmungen sowie differenzierte arbeitsrechtliche Vorgaben (Betriebsverfassungsrecht und Tarifrecht).

Die frühere „heile Welt“ der Wohlfahrtsverbände ist mit dem neuen Jahrtausend endgültig zerbrochen. Die Entwicklungen sind ebenso vielfältig, wie es unterschiedliche Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfegruppen und Initiativen gibt. Manche Arbeitsgebiete verschwinden aus betriebswirtschaftlichen Gründen aus dem Blickfeld, andere sind angeblich nicht mehr notwendig und werden in Regeldienste überführt. Bei genauem Hin-

schauen ist jedoch häufig festzustellen, dass nicht der tatsächliche Bedarf der Menschen eine solche Entscheidung herbeigeführt hat, sondern ausschließlich fiskalische Überlegungen den Ausschlag gegeben haben. Des Weiteren beobachten wir auch immer häufiger die rechtliche und organisatorische Trennung zwischen der hauptamtlichen und der ideellen (ehrenamtlichen) Arbeit. Damit verändert sich an vielen Stellen das Verhältnis von Haupt- und Ehrenamt. Während die hauptamtliche Arbeit zukünftig mehr und mehr in reine hauptamtliche Strukturen, zum Beispiel in GmbHs, überführt wird, zieht sich das Ehrenamt mehr und mehr auf eine kontrollierende, aus der Entfernung beobachtende Funktion



**Landtagspräsident Ulrich Schmidt und der Vorstand der LAG Freie Wohlfahrtspflege**

zurück. Gerade in unserem Bezirksverband wird diese Entwicklung mit großer Sorge festgestellt, da wir bei allen notwendigen, ggf. auch getrennten Organisationsformen die Verbindung von Haupt- und Ehrenamt, von Unternehmen und Verband eng verknüpft wissen wollen.

Ohne diese Verzahnung geht der Arbeiterwohlfahrt ein Stück Geschichte, aber auch ein Stück Zukunft und ein Stück Besonderheit verloren, mit denen wir uns von privatgewerblichen Anbietern abgrenzen können.

Ab dem Jahre 2001 hat die Arbeiterwohlfahrt auf der Bundesebene versucht, mit ver.di einen Reformtarifvertrag zu verhandeln, der den sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedin-

gungen Rechnung trägt. Ein Kalenderjahr war für diese Verhandlungen veranschlagt, die jedoch auch nach Ablauf von zweieinhalb Kalenderjahren nicht zu Ende gebracht werden konnten. Dies hat die Arbeiterwohlfahrt gezwungen, eine Reihe von Tarifverträgen – insbesondere den Manteltarifvertrag – zu kündigen; in der Hoffnung, dass nunmehr mit aller Kraft daran gearbeitet wird, auch die Arbeits- und Vergütungsbedingungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt den geänderten Wettbewerbsbedingungen anzupassen. Es kann nicht richtig sein, aus dem Öffentlichen Dienst abgeleitete tradierte Tarifstrukturen so lange beizubehalten, bis die Arbeiterwohlfahrt in der Konsequenz den Betrieb von immer mehr Einrichtungen und Diensten einstellen muss.

## Europäische Entwicklungen und Rahmenbedingungen

Die Europäische Union, ihre Politik und ihre rechtlichen Vorgaben, gewann in den vergangenen vier Jahren zunehmend an Bedeutung auch für die AWO im Westlichen Westfalen. Starke politische Kräfte hatten und haben ein Interesse daran, das marktwirtschaftliche Prinzip des Wettbewerbes auf die Daseinsvorsorge auszuweiten, also auch auf die Leistungen der Wohlfahrtspflege. Das würde bedeuten, dass auch die sozialen Dienstleistungen, die wir im Auftrag von Bund, Land und Kommunen erbringen, ausgeschrieben und unter Kostengesichtspunkten vergeben werden.



Vor diesem Hintergrund ist die AWO aktiv geworden: So waren Bodo Champignon und Wolfgang Altenbernd im Rahmen der AWO LAG NRW im Oktober 2003 in der NRW-Vertretung in Brüssel, um in Gesprächen mit dem Europa-Minister des Landes, Wolfram Kuschke, Europa-Parlamentariern und weiteren Persönlichkeiten unsere Anliegen deutlich zu machen.

Des Weiteren wurden im Rahmen der LAG Freie Wohlfahrtspflege NRW Stellungnahmen und Vorschläge erarbeitet und bei der Landesregierung, im Landtag und in Brüssel eingebracht.



**Wolfram Kuschke, Minister und Chef der Staatskanzlei NRW (3. v. rechts), mit Teilnehmern und Teilnehmerinnen der deutsch-polnischen Fachtagung in Dortmund**

Einer der Höhepunkte der europapolitischen Aktivitäten war die Tagung „Weichenstellungen für Europa – Weichenstellungen für die AWO“ der Leitungsakademie NEUES BEGINNEN des Bezirksverbandes im November 2002. Repräsentanten der Landesregierung, Mitglieder des EU-Parlamentes, Wissenschaftler und Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege waren mit 35 Führungskräften aus dem Bezirk für zwei Tage in Winterberg zusammengekommen. Hier wurden eine Bestandsaufnahme der Prozesse in der EU und mögliche Perspektiven erarbeitet. Die konstruktiven Diskussionen dienten gleichermaßen dazu, den Vertretern der Landesregierung und des EU-Par-

lamentes unsere Probleme und Anliegen für ihr Agieren in Brüssel vor Augen zu führen.

Neben den Fragen der Daseinsvorsorge und des Wettbewerbsrechtes war die Zukunft der Europäischen Strukturfonds Gegenstand der Tagung. Diese Mittel fließen in die Arbeitsmarktpolitik des Landes NRW. Sie ermöglichen gemeinsam mit Landesmitteln die Durchführung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten. Die Laufzeit dieser Strukturfonds endet 2006. Ob es weitergeht, ist ungewiss. Angesichts des Beitritts mittel- und osteuropäischer Länder in die EU fordern starke politische Kräfte, die

Mittel, die bisher u. a. in das Ruhrgebiet flossen, in die Beitrittsländer umzulenken.

Im Laufe des Jahres 2004 geht die Auseinandersetzung um die Zukunft der Strukturfonds in die Endphase. Die Landesregierung setzt sich vehement dafür ein, dass weiterhin ESF-Mittel nach Nordrhein-Westfalen fließen. Für die Arbeiterwohlfahrt sind die Mittel aus den EU-Strukturfonds eine wesentliche Voraussetzung zum Erhalt der Projekte zur Beschäftigung und Qualifizierung von Arbeitslosen.

Festzustellen ist, dass sich die NRW-Landesregierung auch im Hinblick auf die Daseinsvorsorge für die Interessen der Sozialpolitik und der Wohlfahrtsverbände intensiv einsetzt und einen ersten Erfolg errungen hat. Im Jahr 2004 konnte der Europa-Minister des Landes, Wolfram Kuschke, erklären: „Die Landesregierung begrüßt, dass das Europäische Parlament jetzt in seiner Stellungnahme ... zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Wesentlichen die Position der Lan-

desregierung unterstützt.“ „Es stand zu befürchten ...“, so die Landesregierung weiter, „... dass demnächst etwa ambulante Pflegedienste, Krankentransporte, aber auch kulturelle Einrichtungen ins Visier der Wettbewerbshüter in Brüssel geraten. Die Entschließung des EU-Parlamentes kann dazu beitragen, dies zu verhindern!“

Ebenfalls kontinuierlich engagiert war der Bezirksverband im Bereich der EU-Osterweiterung, konkret in Zusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen mit der Wojewodschaft Schlesien. Zunächst fand im Oktober 2000 in Gleiwitz/Schlesien die Konferenz „Bewältigung der Auswirkungen des Strukturwandels auf dem Arbeitsmarkt in Montanregionen“ statt.

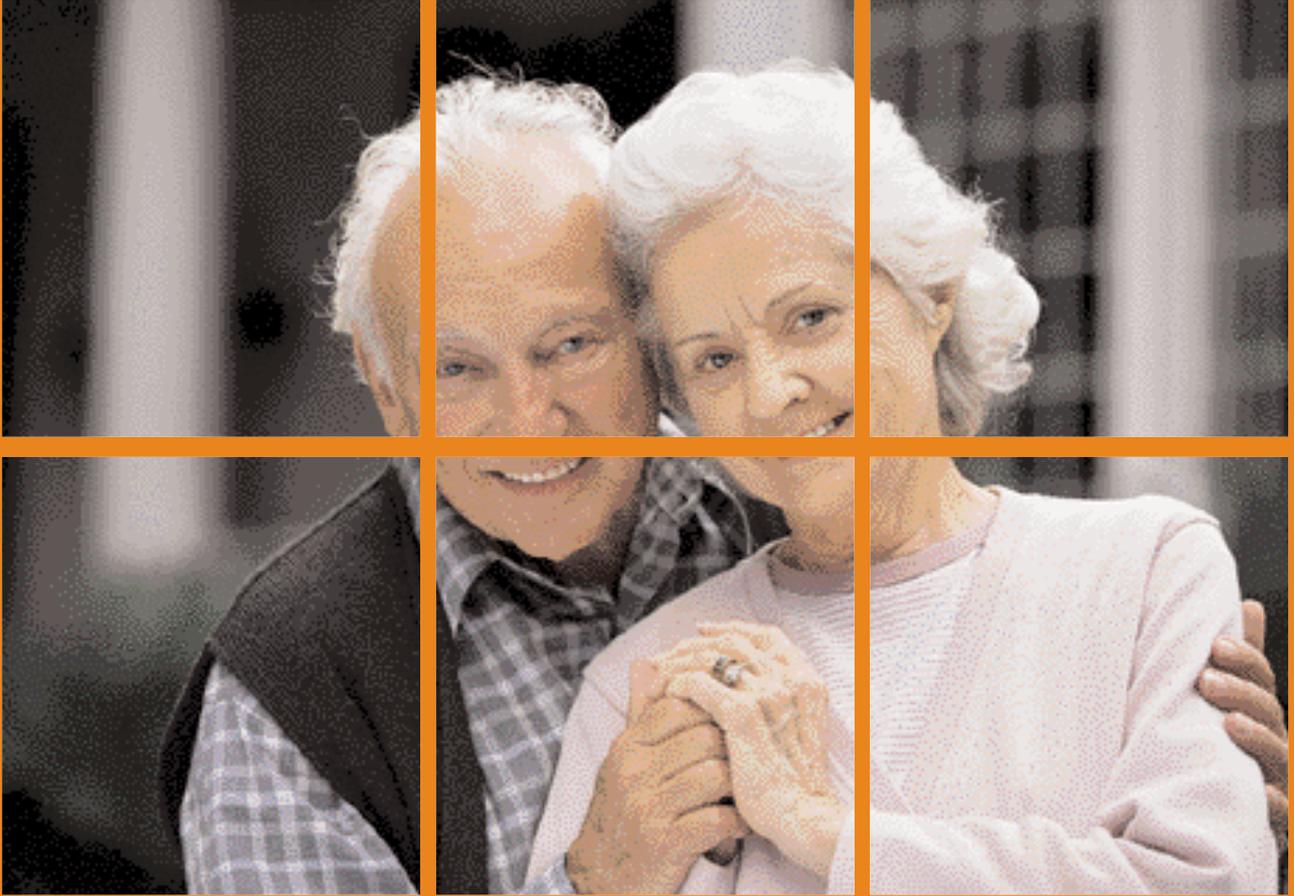
Unter maßgeblicher Beteiligung des Bezirksverbandes Westliches Westfalen, gemeinsam mit AWO International und dem Bezirk Niederrhein sowie der Landesregierung NRW und der Wojewodschaft Schlesien, waren 60 Vertreter/innen aus Ministerien und Verbänden zum projektorientierten Erfahrungsaustausch zusammengekommen.

Auf Einladung insbesondere von Bodo Champignon fand in der bewährten Kooperation eine Folgetagung am 11./12.06.2003 in Dortmund statt. Einem politischen Vormittag mit hochkarätigen Vertretern aus Politik und Verbänden folgten Arbeitskreise, in denen deutsche und polnische Träger Überlegungen zur Zusammenarbeit erörterten. Parallel berieten in einem Round-Table-Gespräch Vertreter/innen aus Ministerien, Wissenschaft und Trägern eine institutionalisierte Zusammenarbeit und vereinbarten konkrete Schritte. Eine Dortmunder Delegation reiste im September 2003 nach Schlesien, um Projektvorstellungen zu konkretisieren. Nach einem weiteren Gegenbesuch aus Kattowitz arbeiten heute, im Frühjahr 2004, Fachkräfte an Detailplanungen für gemeinsame Projekte.



**Deutsch-polnische Projektplanung in Dortmund**





## **SOZIALPOLITISCHE SCHWERPUNKTE**

# Hilfen für Senioren

## Stationäre Altenhilfe

Im Berichtszeitraum hat sich die Anzahl der Seniorenzentren nicht verändert. In Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen e.V. befinden sich 52 Einrichtungen. Jeweils eine Einrichtung wird von den Unterbezirken Dortmund und Hagen-Märkischer Kreis betrieben. Insgesamt sind dies mehr als 7000 Plätze für pflegebedürftige alte Menschen.

Gründe für die zurückhaltende Bautätigkeit der letzten drei Jahre lagen in der Umstellung der Finanzierung gemäß Landespflegegesetz und einer hiermit eng verbundenen Finanzierungssteuerung. Seit August 2003 gilt ein novelliertes Landespflegegesetz; die vorher gültige Bedarfssteuerung ist aufgehoben.

Die wichtigsten neuen gesetzlichen Regelungen sehen Folgendes vor:

- Die Modernisierung und der Neubau von Pflegeeinrichtungen werden über den Kapitalmarkt finanziert.
- Die Refinanzierung der Investitionskosten muss zukünftig grundsätzlich von den Bewohnerinnen und Bewohnern selbst getragen werden. Dabei wird neben dem Einkommen auch das Vermögen der Pflegebedürftigen herangezogen. Der Schonbetrag liegt bei 10.000 Euro. Nach Prüfung im Einzelfall besteht jedoch für die Pflegebedürftigen ggf. ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Pflegegeld.

Die neu geschaffenen gesetzlichen Grundlagen geben uns die Sicherheit, weitere Investitionen zu planen. Neue Standorte für Seniorenzentren sind vorerst Oer-Erkenschwick und Dortmund-

Aplerbeck. Eine Ausweitung ins Münsterland nach Münster-Albachten, Münster-Gievenbeck und Ibbenbüren ist ebenfalls vorgesehen.

Das Landespflegegesetz folgt auch künftig dem Grundsatz „ambulant vor stationär“. Die Folge ist, dass Neueinzüge sich fast ausschließlich auf hochaltrige, körperlich oder psychisch kranke Menschen beschränken, die ambulant nicht mehr adäquat gepflegt und betreut werden können. Gleichzeitig stellen wir fest, dass mehr und mehr Bewohnerinnen und Bewohner demenziell erkranken.

Um den sich daraus ergebenden pflegerischen Anforderungen gerecht zu werden, ist Veränderung notwendig. Die bisherigen Konzeptionen müssen neu überdacht werden, um die Bedürfnisse alter Menschen aufgreifen zu können, deren Pflegebedürftigkeit steigt. Dazu ist es notwendig, die baulichen Strukturen der Einrich-



**Seniorenzentren der AWO:**  
**Alte Bekannte treffen – neue Freunde finden**



tungen so zu gestalten, dass das Wohnumfeld den Fähigkeiten und Erfordernissen der dort lebenden alten Menschen entspricht.

Demzufolge werden die früheren großen Speiseräume aufgegeben und ersetzt durch Aufenthalts- und Gemeinschaftsräume in den jeweiligen Wohnbereichen. Dazu gehört auch, dass wir dort die notwendige Pflegeinfrastruktur schaffen. Gleichermäßen notwendig ist es, die inhaltliche Ausrichtung der pflegerischen und betreuenden Arbeit auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten von demenziell veränderten Pflegebedürftigen zu lenken und Angebote zu schaffen, die die Lebenssituation aufgreifen und in dieser Krankheitssituation Sicherheit und Geborgenheit vermitteln.

Ziel ist es, alte Menschen so zu pflegen und zu betreuen, dass die Lebensqualität erhalten bleibt. Die Novellierung des Heimgesetzes sowie das Pflege-Qualitätssicherungsgesetz haben die Rechte der Verbraucher gestärkt. Transparenz der Heimvertragsgestaltung einerseits und die Stärkung der Kontrollrechte der Heimaufsichten und

der Medizinischen Dienste der Krankenversicherungen erhalten eine hohe Priorität. Der Offenlegung unserer Arbeit stehen wir durchaus bejahend gegenüber, der zunehmende Bürokratieaufwand ist kritisch zu bewerten.

Angesichts des demographischen Wandels, der Belastung der Sozialversicherungen, können für die Arbeiterwohlfahrt im Bezirk Westliches Westfalen Qualitätssteigerung und Qualitätssicherung in der stationären Altenhilfe nicht vorrangig durch die Forderung nach höheren Pflegesätzen realisiert werden. Wir werden uns vielmehr weiterhin aktiv um die optimale Gestaltung der Arbeitsabläufe und um Ressourcenbündelung bemühen. Ziel ist es, die direkte Leistungserbringung für die in den Seniorenzentren lebenden Menschen ständig zu optimieren.

Wir werden uns bei der gesetzlichen Neuausrichtung der Pflege- und Krankenversicherung politisch aktiv einbringen, damit Schieflagen für kranke und pflegebedürftige Menschen nicht entstehen.

Zusammen mit den anderen Wohlfahrtsverbänden haben wir im Jahr 2002 die „Kampagne für Pflege“ gestartet. Mehr als 100.000 Menschen unterschrieben eine Resolution mit Forderungen zur Verbesserung des Pflegeversicherungsgesetzes, die im November des gleichen Jahres im Landtag dem Landtagspräsidenten NRW, Ulrich Schmidt, überreicht wurde.

Der gesetzlichen Auflage, ein umfassendes, einrichtungsinternes Qualitätsmanagement einzuführen und weiterzuentwickeln, sind wir begegnet, indem wir uns bereits lange vor dem Inkrafttreten des Pflege-Qualitätssicherungsgesetzes dazu entschlossen haben, innerverbandlich unsere Arbeit auf den Prüfstand zu stellen. Dazu wurden Arbeitsabläufe in den Einrichtungen über-

dacht und ein umfassendes Qualitätsmanagement-Handbuch erstellt, das diese Ergebnisse in Qualitätsstandards zusammenfasst und verbindlich regelt.

Die Arbeitsbedingungen und damit besonders die Versorgungsqualität der pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohner sind deutlich besser geworden. Dies fand seinen besonderen Ausdruck in der erfolgreichen Zertifizierung unserer Einrichtungen durch den TÜV med im Frühjahr 2003.

### Ambulante Pflegedienste

Von 30 ambulanten Pflegediensten, die von Trägern im Bereich des Bezirksverbandes geführt wurden, mussten innerhalb des Berichtszeitraums fünf aufgegeben werden.

Gründe hierfür waren wirtschaftliche Schief lagen, nicht zu akzeptierende vertragliche Vereinbarungen mit den Kranken- und Pflegekassen, aber auch Probleme der Organisation der ambulanten Dienste vor Ort.

Bei fünf Unterbezirken ist die Zahl der ambulanten Pflegedienste durch Konzentrationen und



Zusammenführungen reduziert worden, sodass derzeit noch 16 Pflegedienste betrieben werden. Diese Dienste konnten durch erhebliche Konsolidierungsbemühungen und weitere Qualifizierung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stabilisiert und zukunftsfähig gemacht werden.

Die Bezirksgeschäftsstelle leistete hier erhebliche strategische, inhaltlich-fachliche und betriebswirtschaftliche Beratung und Begleitung.

### Tagespflege

Die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft wird eine ambulante Versorgungskette bedingen, um zukünftigen Anforderungen kranker und pflegebedürftiger Menschen entsprechen zu können. Perspektivisch wird dieser Bereich ausgebaut und auf die Bedürfnisse kranker und pflegebedürftiger Menschen und deren Angehörige ausgerichtet werden müssen.

Gesundheitspolitische Entscheidungen, wie die Einführung von Fallpauschalen in Krankenhäusern mit dem Ziel der Kostenbegrenzung und Liege-





**Unser Service für Sie: Essen auf Rädern**

zeitverkürzung, können nur dann greifen, wenn der ambulante Versorgungssektor die Krankenhausnachsorge qualifiziert leisten kann.

Im Bereich der Einrichtungen der Tagespflege konnten Angebote durch Ausweitung von Platzzahlen und neue Einrichtungen im Unterbezirk Ruhr-Mitte in Herne ausgebaut werden. Die zwischenzeitlich stark gefährdete Tagespflege in Gladbeck wurde wirtschaftlich konsolidiert und inhaltlich neu ausgerichtet. Die Tagespflege in Gronau hingegen musste eingestellt werden.

Insgesamt ist erfreulich, dass diese Angebotsform als ganz wichtiges Unterstützungsinstrument der häuslichen Pflege stabilisiert werden konnte.

Die politisch gewollte Kommunalisierung der Altenhilfe führt insgesamt in unserem Land zu sehr verschiedenen Entwicklungen, die, bezogen auf das Gebot, gleiche Lebensbedingungen und Hilfsstrukturen für alle alten, kranken und pflegebedürftigen Menschen zu schaffen, derzeit nicht optimistisch stimmen.

## Arbeit, Ausbildung, Beschäftigung

„Verdingungsordnung für Leistungen“, „Preis Spiegel“ – zurzeit der letzten Bezirkskonferenz im Jahr 2000 waren das für uns Begriffe aus einer anderen Welt. Heute sind es reale Hürden, die wir meistern müssen, um Hilfen für Arbeitslose auf den Weg zu bringen. Sie kennzeichnen den extremen Wandel der arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen in den vier vergangenen Jahren.

Mit dem Job-Aktiv-Gesetz vom Januar 2002 begann die Bundesregierung, ihre Leitideen „Fördern und Fordern“ im Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes umzusetzen. Eingliederungsvereinbarungen wurden eingeführt, in denen die

Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes und die Eigenbemühung der Arbeitslosen festgeschrieben wurden. Bei Zuwiderhandlungen drohen den Arbeitslosen Sperrfristen. Das Vermittlungsmopol der Arbeitsverwaltung wurde aufgehoben. Dritte können seither ebenfalls vermitteln. Arbeitgebern wurde durch die Erstattung von Vergütungen und Versicherungsbeiträgen die Durchführung von Betriebspraktika in Zusammenarbeit mit Trägern ermöglicht.

Eine kurzfristig erstellte Handreichung aus der Bezirksgeschäftsstelle und das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort sorgten

dafür, dass in den Unterbezirken die Vermittlung vielfach zum Tagesgeschäft und die Zusammenarbeit mit Betrieben intensiviert wurde.

Die ersten gesetzgeberischen Umsetzungen der Hartz-Konzeption zum Jahresanfang 2003 sorgten für tiefer gehende strukturelle Eingriffe in die aktive Arbeitsmarktpolitik: Neue „Player“ wie Personalserviceagenturen (PSA) und Jobcenter wurden auf den Weg gebracht. In einem ersten Schritt wurde in der Bezirksgeschäftsstelle noch vor dem In-Kraft-Treten der Gesetze „Unterneh-

mensrelevante Auszüge aus den beiden Gesetzesentwürfen“ erstellt. In der Folge erarbeiteten Experten von dobeq (Dortmunder Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungsgesellschaft) und rebeq (Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft im Kreis Recklinghausen) für den Fachverband Arbeitsmarktpolitik eine beispielhafte Konzeption für PSA, die weit über den Bezirk hinaus Beachtung fand. Die einzelnen fachlichen Veränderungen wurden in einer weiteren Handreichung Anfang 2003 in der Bezirksgeschäftsstelle zusammengefasst, ihre Umsetzung





gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Unterbezirken beraten und auf den Weg gebracht.

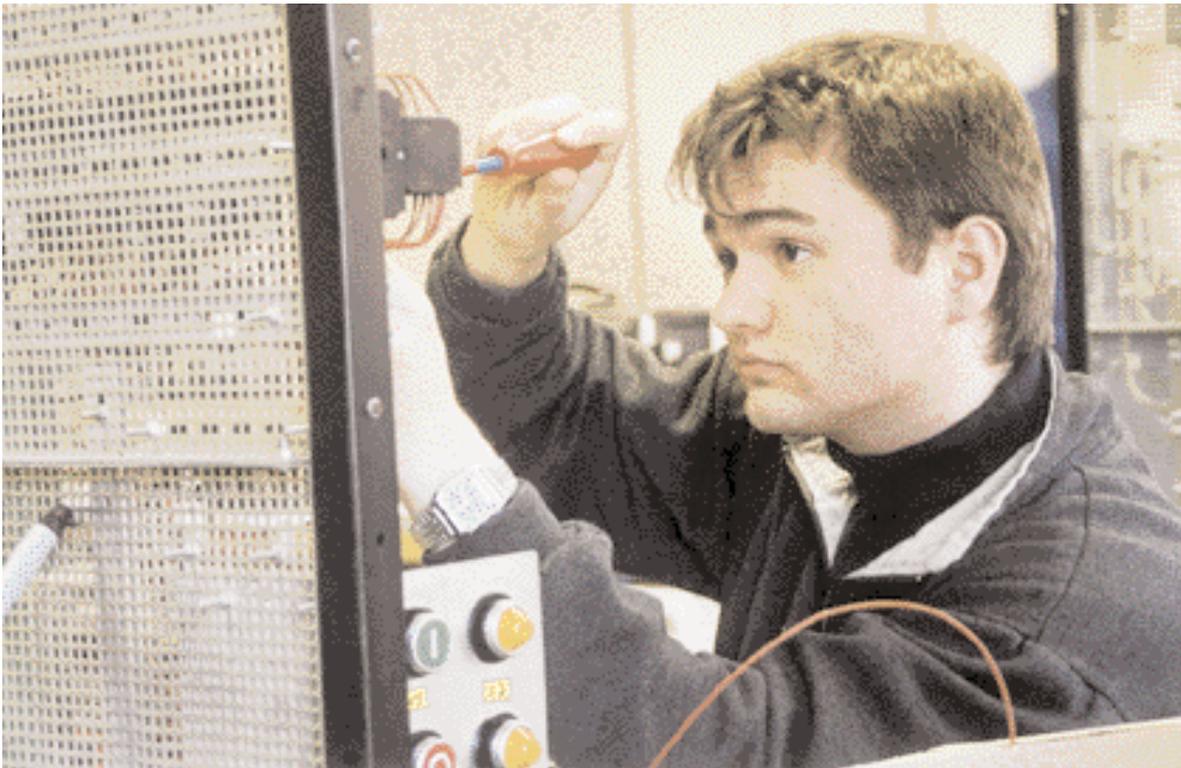
Wesentlich problematischer waren im Herbst 2003 die Auswirkungen der Geschäftspolitik des seinerzeit neuen Vorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit. In rascher Folge kamen aus den Unterbezirken Meldungen über drastische Einbrüche bei Berufsvorbereitungsmaßnahmen. Aktive Lobby-Arbeit auf Landes- und Bundesebene gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen anderer Verbände konnte diese Entwicklung kurzfristig stoppen. Der zum Jahresanfang 2004 neu eingesetzte Vorsitzende Weise hat allerdings eine strategische Fortsetzung dieser Geschäftspolitik angekündigt.

Ein weiteres Element der Geschäftspolitik, die landes-, möglicherweise auch bundesweiten Ausschreibungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, stellt uns vor weitaus größere Probleme. Ebenso kurzfristig wie von der Regionaldirektion

NRW der Bundesagentur für Arbeit angekündigt, wurde von Seiten des AWO-Bezirktes reagiert: Im Rahmen des AK Arbeitsmarktpolitik wurden von den Unterbezirken so genannte Bietergemeinschaften aus mehreren Unterbezirken, aber auch mit anderen Verbänden organisiert und von der Bezirksgeschäftsstelle ein Muster-Kooperationsvertrag zur Verfügung gestellt. In dieser ersten Runde hatten nur zwei von sechs Unterbezirken Erfolg. Der Druck überregionaler, gewerblicher Dumping-Anbieter war zu groß. Darauf hat die AWO im westlichen Westfalen kurzfristig und prägnant reagiert und als zweites Standbein die gewerbliche „Gesellschaft für Arbeit und soziale Dienstleistungen mbH“ (GAD) gegründet.

Sorgen bereitet zum Jahresanfang 2004 auch ein Richtungswechsel in der Landesarbeitsmarktpolitik: Zu Beginn des Berichtszeitraumes hatte das Land seine Arbeitsmarktpolitik regionalisiert und aktiviert. Aus zahlreichen Einzelprogrammen wurde eine Rahmenkonzeption mit einzelnen Maßnahme-Bausteinen. Die Unterbe-





zirke entwickelten daraus spezifische Maßnahmen und waren sehr häufig erfolgreich bei ihren Bewerbungen in den regionalen Konsensrunden. Nunmehr beabsichtigt das Wirtschafts- und Arbeitsministerium in Düsseldorf, sich schrittweise aus der zielgruppenorientierten Arbeitsmarktpolitik zurückzuziehen. Dies geschieht mit der Begründung, „Hartz“ bzw. die Agenturen für Arbeit würden dies sehr bald übernehmen. Das Problem: Die strategische Geschäftspolitik der Bundesagentur sieht ebenfalls einen Abbau der aktiven arbeitsmarktpolitischen Instrumente vor.

Den hier geschilderten negativen Entwicklungen der Rahmenbedingungen zum Trotz, waren die Unterbezirke in den vergangenen vier Jahren erfolgreich! Die bisherigen Instrumente konnten genutzt und neue Maßnahmen auf den Weg gebracht werden. Neue kleine Programme wie „Lernende Region“, „Urban“, „EQUAL“ und „Freiwilliges Soziales Trainingsjahr“ wurden genutzt, um die eigenen Kompetenzen weiterzuentwickeln, um damit die Grundlage für Zukünftiges zu schaffen.

Neue Wege wurden beschritten, z. B. in Hamm-Warendorf in Form modularer Netzwerke. Dabei arbeiten mehrere unterschiedlich spezialisierte Träger zusammen und bieten individuell zugeschnittene Qualifizierungs- und Betreuungsangebote. Gemeinsam mit der Sozialforschungsstelle Dortmund war die dobeq erfolgreich bei der Realisierung des Programms „Lernende Region“. Im Kreis Recklinghausen bündelt die rebeq ihre Kompetenzen aus vier Standorten, um in das für sie neue Geschäftsfeld „Berufsvorbereitende Maßnahmen“ einzusteigen. Im Kreis Ennepe-Ruhr will der Unterbezirk im Jahr 2004 eine Personalserviceagentur als GmbH gründen. Das Instrument der Integrationsfirma aus der Behindertenhilfe wurde an mehreren Standorten genutzt und ausgebaut bzw. neu implementiert.

Der Blick zurück auf Erfolge und gemeisterte Schwierigkeiten, aber auch auf die arbeitsmarktpolitischen Kompetenzen im Bezirksverband Westliches Westfalen machen Mut, neue Wege zu gehen, um eine schwierige Zukunft zu meistern.

# Ausbildung und Qualifizierung

## Fachseminare für Altenpflege

In den Fachseminaren für Altenpflege gab es im Jahr 2003 bedeutende Veränderungen. Von den ehemals sieben Fachseminaren des Bezirksverbandes wurde eines (Herten) aufgegeben. Die Mitarbeiter/innen und Auszubildenden wurden in umliegenden Fachseminaren des Verbandes weiterbeschäftigt.

Damit reagierte der Verband auf grundlegende Veränderungen in der Altenpflegeausbildung. Seit Jahren beobachtete Unwägbarkeiten bei der Zahl der Ausbildungsplätze – jährlich vom Land NRW finanziert – werden durch die Prioritätensetzung der Arbeitsverwaltung verstärkt. Die Zahl der zu-

sätzlich von den Arbeitsverwaltungen finanzierten Umschulungsmaßnahmen (SGB III) ist in den vergangenen Jahren rückläufig, was eine verstärkte Wirtschaftlichkeitsüberprüfung der Fachseminare zur Folge haben musste.

Der Rückzug der Bundesagentur für Arbeit aus dem Bereich der Umschulung zur Altenpflegefachkraft steht in krassem Widerspruch zum tatsächlich gegebenen Fachkräftebedarf und den besonders guten Vermittlungsaussichten der Umschüler in dauerhafte Arbeitsverhältnisse. Hinzu kommt das neue „Gutscheinverfahren“, das Bewerbern bis kurz vor Maßnahmenbeginn alle Wahlfreiheiten lässt, für die Träger aber erhebliche Planungsunsicherheit mit sich bringt. Zurzeit werden in den verbliebenen sechs Fachseminaren für Altenpflege ca. 480 Menschen im Beruf der Altenpflegerin und des Altenpflegers ausgebildet.



**Zwei große Damen der Arbeiterwohlfahrt: Elfriede Eilers und Julie Kolb (mit Wolfgang Altenbernd, Bodo Champignon, Gerd Kähler, dem Leiter des Lucy-Romberg-Hauses, sowie Horst Vöge, dem stellv. Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion)**

Eine weitere Herausforderung für die Fachseminare war die im Jahr 2003 eingeführte bundeseinheitliche Altenpflegeausbildung. Seitdem sind nicht mehr die Fachseminare die Träger der Ausbildung, sondern Einrichtungen der Altenhilfe, d.h. Seniorenzentren oder ambulante Pflegedienste. Dies führt zur Notwendigkeit einer stärkeren Kooperation der Einrichtungen und der Fachseminare im Sinne einer optimierten Vernetzung theoretischer und praktischer Ausbildung.

Zur Unterstützung der praktischen Ausbildungsträger werden durch die Unterrichtskräfte der Fachseminare Praxisanleiter auf vom Land NRW anerkanntem Niveau ausgebildet. Die praktische Ausbildung, die bislang etwa die Hälfte der Ausbildungsdauer ausmachte, wurde ausgeweitet.

Die Refinanzierung dieser Praxisanleiterkurse ist jedoch bis heute offen.

Bezüglich der theoretischen Ausbildung wurde auf die demographische Entwicklung mit ihren Risiken, insbesondere für hochaltrige Menschen, reagiert. Medizinisch-pflegerische Ausbildungsinhalte werden stärker betont und die Altenpflege in die medizinischen Hilfsberufe eingereiht, ohne jedoch die besonderen sozial-pflegerischen Schwerpunkte der Altenpflege aus dem Blick zu verlieren.

Der Herausforderung der Umorganisation der Altenpflegeausbildung stellen sich die Fachseminare, um auch zukünftig konkurrenzfähig zu bleiben und Interessenten eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen.

### Krankenpflege

Die Krankenpflegeschule – und damit das Lucy-Romberg-Haus – feierte im Jahr 2003 das 50-jährige Bestehen. 50 Jahre, nachdem Lucy Romberg mit der von ihr gegründeten Schule von Sylt nach Marl umzog, ändert sich auch das Berufsbild der Krankenpflege. Nach der jahrelangen Ausbildung von Krankenschwestern und Krankenpflegern im Auftrag der Paracelsus-Klinik Marl werden nun Gesundheits- und Krankenpfleger ausgebildet.

Nicht nur die Berufsbezeichnung wurde verändert. Strukturen und Inhalte der Ausbildung wurden den Anforderungen eines modernen Pflegeberufes angepasst. In der Gesundheits- und Krankenpflege wurde besonderes Augenmerk auf Prävention und Rehabilitation gelegt. Die Konzentration auf selbst gesteuertes Lernen soll ihnen lebenslanges Lernen und somit einen Einsatz in verschiedensten Arbeitsfeldern des Gesundheits- und Sozialwesens ermöglichen. Insgesamt führt die Entwicklung weg von der Allgegenwärtigkeit der Mediziner hin zu einer stärkeren Eigenver-



**Lucy Romberg**

antwortlichkeit der Pflegekräfte für die Pflege und Gesundheitsförderung der Patienten. Diese Entwicklung unterstützen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenpflegeschule durch die Ausbildung von jungen Menschen zu Gesundheits- und Krankenpflegerinnen (60 Plätze) ab dem Jahr 2004.

### Familienpflege

Der Sektor Ausbildung im Bereich der Familienpflege wurde auf dem Niveau des vorherigen Berichtszeitraums erhalten. So werden in den Unterbezirken Ruhr-Mitte und Unna weiterhin Familienpfleger und -pflegerinnen ausgebildet. Die Rahmenbedingungen sowohl für die eigentliche Ausbildung als auch für die späteren beruflichen Chancen der ausgebildeten Fachkräfte gestalten sich dabei zunehmend schwieriger.

## Fort- und Weiterbildung

Das Lotte-Lemke-Bildungswerk (LLB) hat seit Gründung durch den Bezirksvorstand im Jahre 1984 stets ein Leitbild: das lebensbegleitende Lernen.

Seit 20 Jahren werden Bildungsangebote für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, für interessierte Mitbürger/innen und sozial Engagierte entwickelt und vorgehalten. Und dies trotz verschärfter Vorgaben durch das Weiterbildungsgesetz und wiederholte Mittelkürzungen des Landes NRW! Das LLB fusionierte nicht zuletzt aus diesem Grund mit dem AWO Familienbildungswerk Westmünsterland und arbeitet eng mit dem Bildungswerk des korporativen Mitglieds „neues alter e.V.“ in Welper zusammen.

Unsere Bildungsarbeit darf sich aber nicht allein an ökonomischen Zwängen orientieren. Wir wollen auch zukünftig zwei Aufgaben erfüllen: in einer zunehmend komplexeren Welt Sachwissen vermitteln und Orientierung geben.

Bildung und Wissen zu vermitteln war und ist unverzichtbares Ziel der Arbeiterwohlfahrt. Mitarbeiter/innen benötigen umfassendes Fachwissen und soziale Kompetenz, um ihre Arbeit in den Einrichtungen, Diensten und Verwaltungen unseres Verbandes effektiver und effizienter zu gestalten.

In der Fortbildungsarbeit des Lotte-Lemke-Bildungswerkes kooperierten wir im Berichtszeitraum eng mit den unterschiedlichen Fachbereichen unseres Verbandes, um das AWO-eigene Bildungsverständnis konkret in die Praxis umzusetzen sowie aktuelle berufsbezogene Erkenntnisse weiterzugeben. Durch Kürzung von Fördermitteln

wurde diese Arbeit schwieriger. Anpassungsprozesse an zukünftige Aufgaben sind erforderlich.

Berufsbegleitende Qualifikationsfortbildungen für Mitarbeiter/innen der stationären und ambulanten Altenhilfe konnten in Verbindung mit dem Lucy-Romberg-Haus verstärkt angeboten werden. Hierdurch unterstützten wir den vom AWO-Bezirk eingeleiteten Qualitätsmanagementprozess in den Seniorenzentren.

Soziales Ehrenamt, freiwillige soziale Aktivitäten und Freiwilligendienste haben in unserem Verband eine lange Tradition.

Das Land NRW stellte im Berichtszeitraum jährlich eine nicht geringe Fördersumme zur „Qualifizierung des sozialen Ehrenamtes“ dem AWO Bezirk zur Verfügung. Das LLB und die Untergliederungen konnten damit eine breite Palette von Veranstaltungen anbieten. Qualifizierung bedeutet hier Zuwachs von Wissen bzw. Kompetenzerweiterung in Bereichen, die die Ehrenamtlichen in die Lage versetzen, ihre praktische Tätigkeit kompetent auszuüben. Aber auch Informations- und Erfahrungsaustausch sowie die Anleitung zu effizienter Gestaltung von Gremienarbeit gehörten zum Spektrum der durchgeführten Maßnahmen.

Anlaufstellen für Angebote nach dem Weiterbildungsgesetz sind zurzeit das Lotte-Lemke-Bildungswerk mit den Außenstellen in Bochum, Ennepe-Ruhr, Gelsenkirchen, Hagen und Münster. Dort wurden Seminare und Kurse durchgeführt, zu denen sich alle Interessenten anmelden konnten. Zusätzlich machten im Bezirksbereich die AWO Familienbildungswerke in Bocholt (bis



31.12.2003), Bottrop, Lüdenscheid und Schwerte-Holzen thematisch vielfältige Angebote für alle Familienmitglieder.

Unsere Angebote wenden sich auch in Zukunft vorrangig an die vielen ehrenamtlich sozial engagierten Mitarbeiter/innen und Funktionsträger im Verband, um ihnen in der verantwortungsvollen Aufgabe stets eine verlässliche Hilfe und Orientierung zu sein. Mit geringer gewordener finanzieller Unterstützung des Landes NRW und erheblichen Eigenmitteln des AWO-Bezirksver-

bandes sowie seiner Gliederungen wurden in den Jahren 2001 bis 2003 in den o.g. Einrichtungen jährlich rd. 14.600 Frauen und Männer, aber auch 4.100 Kinder erreicht.

Neue Qualitäten der Bildungsarbeit durch ein gemeinsames neues Netzwerk der Familien- und Weiterbildung zu schaffen, heißt das Ziel der vor uns liegenden Jahre. Deshalb befindet sich das Lotte-Lemke-Bildungswerk seit April 2004 im AWO Familienzentrum für Bildung und Lernen (AWO UB Unna) in Schwerte.



**Wir werden immer größer – jeden Tag ein Stück.**

## Angebote für Kinder

### Tageseinrichtungen für Kinder

Die für das deutsche Bildungssystem katastrophalen Ergebnisse der PISA-Studie im Dezember 2001 haben in der Öffentlichkeit das Interesse für das Thema Bildung in früher Kindheit neu belebt.

Die Arbeiterwohlfahrt hat den Bildungsauftrag auch in den vergangenen Jahren, als Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und flexible Betreuungsangebote die Diskussion beherrschten, nie aus dem Blick verloren. Konzeptionelle Weiterentwicklungen im Rahmen von Qualitätsmaßnahmen waren im Berichtszeitraum auf der Tagesordnung.

Gerade Kinder mit Migrationshintergrund und andere sozial benachteiligte Kinder sind nach PISA

die Verlierer des deutschen Bildungssystems. In NRW wurden durch das Ministerium, das inzwischen Schule, Jugend und Kinder in einem Zuständigkeitsbereich vereint, viele Maßnahmen zur Realisierung möglichst gleicher Startchancen für die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft auf den Weg gebracht (Bildungsvereinbarung, Schulfähigkeitsprofil, systematische Begleitung von Sprachentwicklung ...). Die „Ausgestaltung der Bildungsvereinbarung für die Arbeiterwohlfahrt“, die „Grundlagen für eine beobachtende Wahrnehmung“ und die „Notwendigkeiten der Dokumentation des kindlichen Bildungsprozesses“ sind Schwerpunkte unserer Fortbildungen für die Mitarbeiter aus der Praxis. Wir orientieren uns an wissenschaftlichen Erkenntnissen der Frühpädagogik und sehen zunächst einmal die Kompetenzen des Kindes. Die Ergebnisse der nationalen

Qualitätsinitiative finden Eingang in unsere Beratungsarbeit.

Die Zusammenarbeit zwischen Tageseinrichtung für Kinder und Schule hatte schon immer einen großen Stellenwert. Mit dem Schulfähigkeitsprofil und dem Schulrechtsänderungsgesetz wird diese Zusammenarbeit noch enger. Vereint bemühen wir uns um einen gelungenen Übergang. Eltern sind unsere Partner. Wir arbeiten mit ihnen im Sinne einer Erziehungspartnerschaft.

Die gemeinsame Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder ist im Berichtszeitraum weiter ausgebaut worden. Die Arbeiterwohlfahrt beteiligt sich an einem Forschungsprojekt der Universität Siegen bezüglich einer Untersuchung der Wirksamkeit unterschiedlicher Formen der Eingliederungshilfe.

Das Projekt ist auf drei Jahre angelegt und endet am 31.04.2005. Alle unsere 60 integrativen Einrichtungen haben sich beteiligt. Die erste Auswertungsphase bescheinigt eine deutliche Qualitätsverbesserung der Einzelintegrationsmaßnahmen im Vergleich zu einer Untersuchung von 1999.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass aufgrund der schwierigen Haushaltslage des Landes bei den Sachkostenpauschalen sowohl bei den nicht behinderten Kindern als auch den behinderten Kindern sowie bei der Investitionskostenförderung die Zuwendungen drastisch zurückgefahren werden. Durch die Übergabe der Horte spätestens bis 2007 in „Offene Ganztagschulen“ werden auf die Träger von Tageseinrichtungen neben konzeptionellen auch finanzielle Veränderungen zukommen. Die demographische Entwicklung bringt Unwägbarkeiten bezogen auf die Auslastung der Tageseinrichtungen für Kinder und kann auf die nächsten Jahre gesehen für die Träger

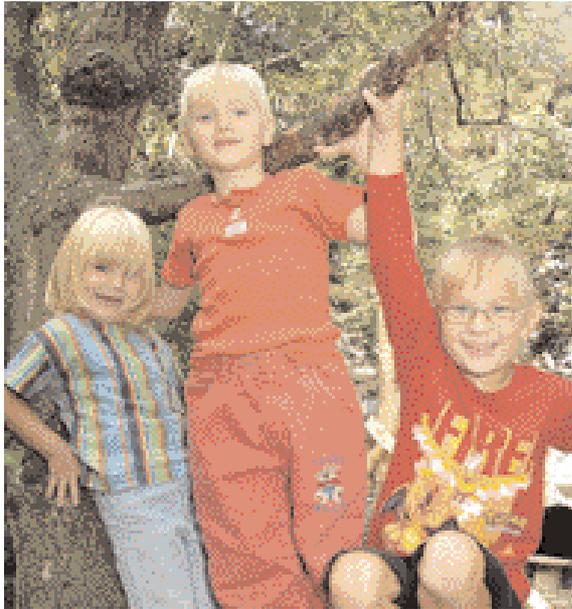
regional ein erhebliches Risiko bedeuten, wenn nicht neue, notwendige Angebotsformen, z. B. für die Kinder unter drei Jahren, stärkere Berücksichtigung finden.

### Offene Ganztagsgrundschulen (oGs)

Die Arbeiterwohlfahrt begrüßt den Aufbau offener Ganztagsgrundschulen in NRW und die damit verbundenen Chancen, Angebote zu schaffen, die sich am Wohl und am Interesse der Kinder orientieren. Gerade die Schnittmenge von Jugendhilfe und Schule könnte nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ ausgebaut werden. Kognitive, emotionale und soziale Kompetenzen könnten gemeinsam ausgebildet und gestärkt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege betont in ihrer Stellungnahme zur oGs, dass Bildung nur als eine gemeinsame Aufgabe von Familie, Schule, Kinder- und Jugendhilfe zu betrachten ist. Bildung kann und darf nicht ausschließlich auf schulische Prozesse der Wissensaneignung begrenzt





werden. Schule und Jugendhilfe sind von daher ideale Partner für innovative Modelle. Neben formellen Bildungsprozessen sind die informellen, die sich im Alltag von Familie, Nachbarschaft, Freizeit u.a. ergeben, und die Bildungsprozesse, die in der Kindergarten- und Jugendarbeit ermöglicht werden, von großer Bedeutung. Die Schule öffnet sich dem gesellschaftlichen Umfeld und entwickelt sich vom reinen Lernort zum Lebensort von Kindern und Jugendlichen. Kinder- und Jugendhilfe bringt dabei wichtige Kompetenzen mit. Sie hat auf der Grundlage des KJHG breit gefächerte Angebotsstrukturen (Familienbildungsstätten, Tageseinrichtungen für Kinder, Schulkinderbetreuung, Jugendkultur- sowie Jugendfreizeitarbeit, Beratungsstellen) für Bildungsprozesse entwickelt. Besonders im Bereich der Erziehungshilfe und -beratung werden Kinder und Jugendliche gezielt unterstützt, deren Entwicklung an schwierigen gesellschaftlichen Bedingungen zu scheitern droht. Kinder- und Jugendhilfe ist ein kompetenter und gleichwertiger Partner in einer Kooperation mit

der Schule. Hierzu sind Vereinbarungen erforderlich, die klare und verlässliche Rahmenbedingungen ermöglichen. Orientiert an den Interessen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen und unter Wahrung von Pluralität und Eigenständigkeit der Träger müssen geeignete Organisationsmodelle geschaffen werden. Jugendhilfeplanung und Schulentwicklungsplanung sollen zukünftig gemeinsam betrieben werden und werden zur „Jugendbildungsplanung“. Auch vorhandene oder noch zu initiiierende Stadtteilkonferenzen sollen sich konstruktiv in den Prozess einbringen, indem sie ein Netz von Angeboten schaffen und/oder stärken.

Zusammenfassend soll die oGs einen strukturellen Rahmen für ein vielfältiges Angebot bieten, das über ein reines Betreuungsangebot hinausgeht. Hierbei ist einem umfassenden Bildungsanspruch genauso gerecht zu werden wie speziellen Fördermöglichkeiten für benachteiligte Kinder. Mittelfristiges Ziel sollte die Schaffung von Ganztagschulen in enger Kooperation mit der Jugendhilfe sein. Eine Ausdehnung des Unterrichts auf den Nachmittag ist aber auf je-



den Fall genauso in jeglicher Konzeption auszuschließen wie ein reines Betreuen und Versorgen von Kindern.

Der Bezirksverband hat sich frühzeitig auch konzeptionell in die Fachdiskussionen eingebracht und entsprechende Empfehlungen zum Aufbau und zur Konzeption erarbeitet.

Mit der Einführung der offenen Ganztagsgrundschule im Schuljahr 2003/2004 gingen in unserem Bezirk sechs Unterbezirke (Dortmund, Ennepe-Ruhr, Hagen-Märkischer Kreis, Hamm-Warendorf, Recklinghausen, Ruhr-Mitte) mit 34 Gruppen an 21 Schulen in Betrieb. Für das nächste Schuljahr sind weitere Gruppen konkret in der Vorbereitung. Fachlich begleitet wird dieser neue Aufgabenbereich durch einen eigens eingerichteten Arbeitskreis.

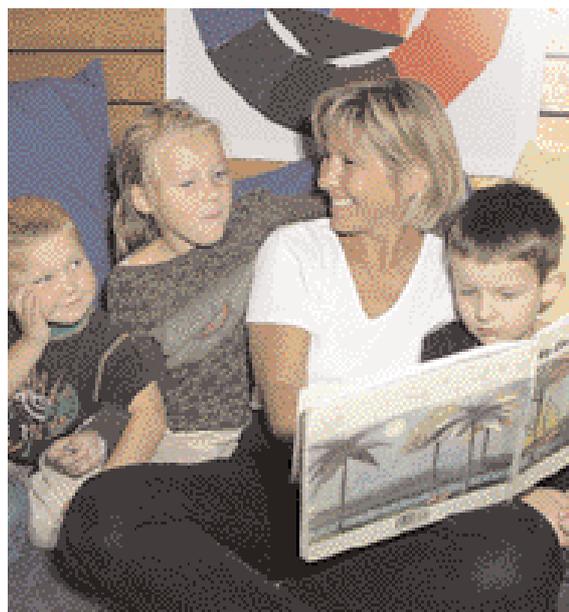
### **Moderatorenausbildung zur Prävention der Lese-Rechtschreibschwäche in Kindertageseinrichtungen**

Nach wissenschaftlicher Auswertung lassen 10 bis 15 % aller Kinder eine Lese-Rechtschreibschwäche erkennen, die große Nachteile für ihre schulische Entwicklung mit sich bringt.

Ihr kann durch ein Erkennungsprogramm und ein Präventionsverfahren vor Schulbeginn nachweislich entgegengewirkt werden. Dazu werden die getesteten Kinder täglich ca. 10–15 Minuten lang auf spielerische Art und Weise speziell gefördert.

In dem vielseitigen bezirksweiten Fortbildungsprogramm für Mitarbeiter/innen in Kindertageseinrichtungen wurde die Ausbildung von Leitungskräften zu Moderatoren/innen des LRS-Präventionsprogramms angeboten.

25 Moderatoren/innen haben sich im Jahr 2003 in Begleitung von Prof. Dr. Mannhaupt von der



Uni Erfurt in der Anwendung des Bielefelder Screenings und des Förderprogramms „Hören, lauschen, lernen“ ausbilden lassen. Gleichzeitig wies jede von ihnen weitere sechs bis acht Erzieher/innen in die Anwendung der Programme in den Tageseinrichtungen ein.

Fast jeder unserer Unterbezirke bietet nun das Förderprogramm an. Die Ausbildung weiterer Erzieher/innen durch die Moderatoren/innen wird vorangetrieben. Die AWO leistet hiermit einen aktiven bildungspolitischen Beitrag zur besseren Bewältigung des Übergangs von der Kindertageseinrichtung zur Schule.

### **Europäische Akademie für Elementarerziehung (EAFE)**

Am 12.07.2002 gründete die Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen e.V. zusammen mit europäischen Partnern und dem AWO-Bundesverband die „Europäische Akademie der AWO für Elementarerziehung“ mit Sitz in Dortmund.



**Ministerin Birgit Fischer zu Gast bei der Gründungsveranstaltung der Akademie**

16 Partner aus 12 europäischen Ländern (Niederlande, Schweiz, Ungarn, Österreich, Weißrussland, Großbritannien, Polen, Russland, Frankreich, Italien, Dänemark und Rumänien) haben in Anwesenheit von Birgit Fischer, der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW, sowie des AWO-Bundesvorsitzenden Dr. Manfred Ragati die Gründungsurkunde unterzeichnet.

Ziele der Akademie sind die Förderung von Kontakten zu europäischen Partnern (Praxisorganisationen und wissenschaftliche Institutionen), die Förderung eines Fachkräfteaustausches (Kennenlernen von pädagogischen Konzepten und Systemen), die Entwicklung einer Plattform für einen europäischen Wissenstransfer (aktuelle Entwicklungen und transnationale Projekte) und die Förderung von Innovation bei der Methoden- und Instrumentenentwicklung.

Zu den zukünftigen Aufgaben gehören die Vorbereitung und Durchführung internationaler Kon-

ferenzen/Fachtagungen/Seminare, der Ausbau internationaler Zusammenarbeit und der Aufbau einer Hospitationsbörse. Gerade durch die Zusammenarbeit von Praktikern (Einrichtungsleitungen) und Theoretikern (Hochschulvertreter) in der Akademie können Bildung und Erziehung im Elementarbereich im europäischen Vergleich innovativ diskutiert und zeitgemäße Handlungsempfehlungen ausgearbeitet werden. Die Akademie ist auch über das eigene Internet-Portal – unter [www.e-a-f-e.de](http://www.e-a-f-e.de) – erreichbar.

In der Zeit vom 15. bis 17.10.2003 fand eine internationale Fachtagung statt, die sich dem Thema „Mehrsprachigkeit in Tageseinrichtungen für Kinder“ widmete. Der Eröffnungstag beschäftigte sich mit der europäischen Dimension von Mehrsprachigkeit und führte in die Gesamtthematik ein. Die sich daran anschließende Podiumsdiskussion zeigte mehr als deutlich, dass Mehrsprachigkeit in Tageseinrichtungen für Kinder in allen beteiligten Ländern ein Thema ist.

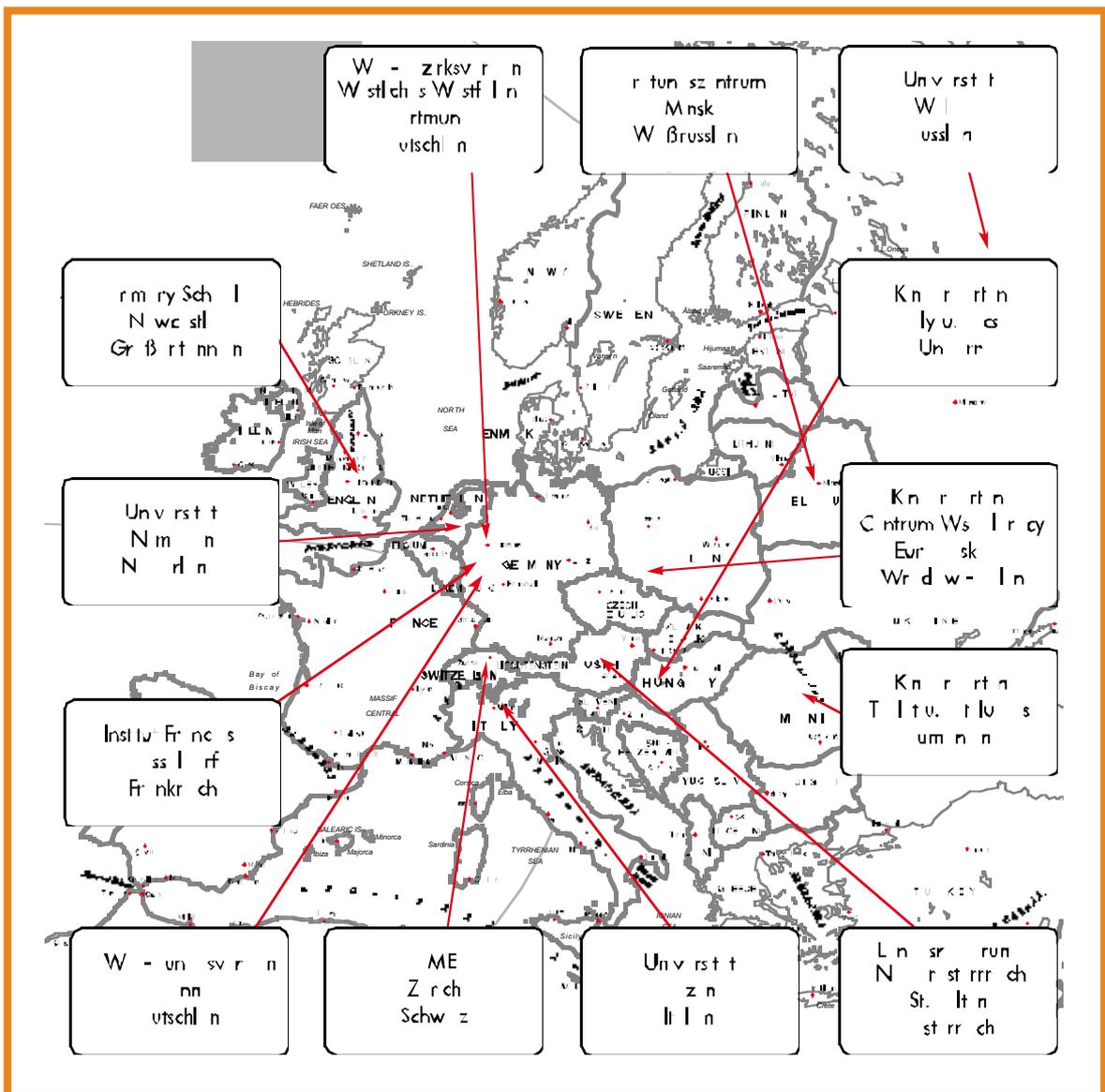
Mehrsprachigkeit ist nicht allein auf eine Definition im Sinne von Bilingualität zu reduzieren. Mehrsprachigkeit hat vielmehr unterschiedlichste Nuancen, Betrachtungsweisen und Erscheinungsformen, die im zweiten Teil des Tages schlaglichtartig in Form von Kurzreferaten vorgestellt wurden. Wichtig war für uns, die Vielfalt des Möglichen zu zeigen und über unseren deutschen Tellerrand hinweg in die Nachbarländer zu blicken. Europa wächst zusammen, wir leben zunehmend europäischer, und dies nicht nur, wenn wir Urlaub außerhalb unseres eigenen Landes machen.

Weiterhin war für uns wichtig, Praxismodelle zu präsentieren, die Anregungen, Gespräche und konkrete Planungen initiieren können. „Sehen, hören und möglichst umsetzen“ waren für uns wichtiger als „sehen, hören und nur staunen“! Natur-

lich sind nicht alle Modelle im Maßstab 1:1 umsetzbar. Auch werden sie nicht sofort im Alltag unserer Tageseinrichtungen für Kinder wieder zu finden sein. Trotzdem liefern sie aber Anregungen und Denkanstöße und machen auch Mut, das eine oder andere auch einmal auszuprobieren. Die Fachtagung endete am dritten Tag mit Besuchen in Einrichtungen der AWO vor Ort.

Inzwischen sind viele Kontakte geknüpft. Gegenseitige Hospitationen deutscher und ungarischer Erzieher/innen sind ebenso selbstverständlich geworden wie Arbeitsbesuche in Polen.

Für den Herbst 2004 ist deshalb eine weitere Fachtagung in Pécs – im Südwesten Ungarns – in Vorbereitung.





## Beratung und Betreuung

### Hilfen und Unterstützung für Menschen mit Migrationshintergrund

Neue sozialpolitische Schwerpunktsetzungen in Bund, Land und Kommunen haben, wie in anderen Feldern der sozialen Arbeit auch, in der Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund ihren Niederschlag gefunden. Neben negativen Entwicklungen mit notwendigem Stellenabbau und der Schließung einzelner Beratungsstellen, sind auch positive Entwicklungen durch den Auf-

bau neuer Projekte oder die Auszeichnung besonderer Arbeitsansätze zu verzeichnen.

Im Zusammenhang mit der bisher erfolglos verlaufenden Debatte um eine neue Zuwanderungsgesetzgebung im Bund hat sich die AWO auf allen föderalen Ebenen in die integrationspolitische Diskussion z.B. um Zuständigkeiten des Bundes, der Länder und der Kommunen eingemischt und teilweise die Debatten maßgeblich

mit beeinflusst. Damit einhergehende Veränderungen und Weiterentwicklungen bei bundesgeförderten Programmen werden als positiv und zukunftsweisend in konstruktiver Weise unterstützt und mitgetragen.

Die früheren „Jugendgemeinschaftswerke“, deren Aufgabe vornehmlich die Integration junger Spätaussiedler umfasste, tragen heute die Bezeichnung „Jugendmigrationsdienste“.

Ihr Arbeitsauftrag ist umfassender als zuvor und zielgerichtet auf junge Migranten insgesamt. Hier bemühen sich die Jugendmigrationsdienste in den Kommunen insbesondere um die Integration junger Neuzuwanderer und die Organisation und Moderation des damit zusammenhängenden Integrationsprozesses.

Auch die übrigen Programme wie die Ausländersozialdienste oder die Familienberatungsstellen für erwachsene Aussiedler sind in diese Entwicklungen und Diskussion einbezogen.

In diesem Zusammenhang ist die AWO nicht unmaßgeblich an einem landesweiten Modellprojekt der Freien Wohlfahrtspflege NRW zur Integration von Neuzuwanderern mit Standorten in den Unterbezirken Unna, Recklinghausen und Hochsauerland-Soest sowie dem Kreisverband Siegen beteiligt. Im Rahmen des AGENDA 21-Prozesses in NRW ist der Bezirk Westliches Westfalen im Dezember 2003 für besonders nachhaltig wirkende Arbeitsansätze ausgezeichnet worden.

Eine herauszustellende und zukunftssträchtige Entwicklung stellt das im Jahr 2002 in Herten (UB Recklinghausen) geschaffene „Haus der Kulturen“ dar. Drei örtliche Wohlfahrtsverbände – AWO, Caritas und Diakonie – haben ihre solitären Beratungseinrichtungen aufgegeben, die Ressourcen gebündelt und auf der Basis von Ko-

operationsverträgen ihre Zusammenarbeit begründet. Das Haus der Kulturen stellt in Herten mittlerweile einen wichtigen, kompetenten Partner dar, sowohl für die Kommunalverwaltung und -politik, für Schulen als auch für Kindertageseinrichtungen und andere, die das dort vorhandene interkulturelle Wissen gern nutzen.

Aufgaben der Qualitätsentwicklung sind in anderen Formen als zuletzt berichtet weitergeführt worden. Die Lose-Blatt-Sammlung „Qualitätsstandards der AWO im Arbeitsfeld Migration“ wurde nicht fortgesetzt; stattdessen haben wir uns an der Entwicklung eines Qualitätshandbuches des AWO-Bundesverbandes beteiligt, dessen Veröffentlichung in Kürze erfolgt. Daneben ist unter dem Stichwort „Qualitätsentwicklung“ auch die gemeinsame Positionierung der Bezirksverbände Westliches Westfalen und Ostwestfalen-Lippe hinsichtlich der Organisation von Integrationsleistungen in Kommunen, die auch landesweit Beachtung gefunden haben, zu erwähnen.



CD-Rom (Cover)



Ein weiteres Beispiel für Innovation ist die Erstellung einer CD-ROM mit Lehr- und Lernmaterialien für die Alten- und Krankenpflege zum Thema „Alte MigrantInnen“. Dieses Projekt wurde seitens der Stiftung Wohlfahrtspflege gefördert.

Die AWO ist im Handlungsfeld Migration mit ihren Ansätzen zur Kooperation, ihren zunehmenden service- und produktorientierten Organisationsformen und ihren Bemühungen um Optimierung und Reorganisation der Aufgabendurchführung einschließlich neuer Formen der Arbeitsteilung mit Dritten und neuen Betriebsformen für die Zukunft gut aufgestellt.

### **Drogen und Sucht**

Die Zielvorgaben für die Suchtkrankenhilfe in Trägerschaft der AWO wurden von den Sucht- und Drogenberatungsstellen in den Standorten Unterbezirk Ennepe-Ruhr, Hagen-Märkischer Kreis und West-Münsterland erfolgreich umgesetzt. Die Weiterentwicklung und Qualifizierung des bestehenden Hilfesystems standen im Vordergrund. Es wurden neben der Basisversorgung mit Informations-, Beratungs- und Vermittlungsangeboten für Gefährdete, Abhängige und Bezugspersonen auch weitere Angebote für Personen, Institutionen und Arbeitgeber, die allgemeine Informationen zu Suchtmitteln wünschen, gemacht.

Neue Aufgabenbereiche wurden übernommen, aber auch das Leistungsspektrum der Beratungsdienste für besondere Zielgruppen erweitert. Hierzu gehören:

- Angebote insbesondere für Mädchen und Frauen mit Essstörungen
- Suchtprävention für junge Menschen, insbesondere Migranten/innen
- Maßnahmen zur Frühintervention bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
- Veranstaltungen zur Reduktion des Tabakkonsums
- Beratung zum Thema Glücksspielsucht

2001 übernahm die AWO im UB West-Münsterland die psychosoziale Betreuung substituierter Opiatabhängiger für den Kreis Coesfeld. Das zielgruppenspezifische Angebot für Menschen mit Migrationshintergrund im Ennepe-Ruhr-Kreis wurde im Berichtszeitraum erfolgreich durchgeführt.

In diesem Zusammenhang unterstützte der Bezirksverband auf Landesebene federführend die Diskussionen zur Versorgung von Menschen mit einem Migrationshintergrund in NRW. Gemeinsam mit den Trägervertretern wurde eine Stellungnahme zum Landessuchtprogramm erarbeitet und dem Ministerium als notwendige Handlungsempfehlungen vorgelegt.

Nicht nur vor dem Hintergrund der zunehmenden Komplexität der Aufgaben in der Suchtkrankenhilfe, sondern auch aufgrund enger werdender finanzieller Spielräume brachte der konsequente Einstieg in ein Qualitätsmanagement in der ambulanten Suchtkrankenhilfe im Ennepe-Ruhr-Kreis und im West-Münsterland fortschrittliche Impulse in das Hilfesystem für suchtkranke Menschen.

Dieser Prozess muss weitergeführt werden, um auch für die Zukunft das Land und die Kommuni-

nen von der Qualität unserer Arbeit zu überzeugen. Im Rahmen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen konnte die AWO West-Münsterland seit Mai 2002 ambulantes betreutes Wohnen für chronisch mehrfach geschädigte suchtkranke Menschen im Kreis Coesfeld übernehmen.

Durch eine kontinuierliche Bezugsbetreuung sollen diese Menschen so weit unterstützt werden, dass ihnen eine weitgehend eigenständige Lebensführung in ihrem eigenen Wohnumfeld eröffnet wird und dauerhaft erhalten bleibt.

Die Suchtselbsthilfe im Märkischen Kreis wurde, aktiv unterstützt durch Ehrenamtliche, ausgebaut. Die Beteiligung der AWO an der Qualifizierung und Weiterentwicklung der Suchtselbsthilfe der Freien Wohlfahrtspflege in NRW erhält damit weiterhin einen hohen Stellenwert.

Im November 2003 konnten die Verhandlungen um eine kleine teilstationäre Einrichtung für zwölf Personen in besonderen sozialen Schwierigkeiten nach § 72 Bundessozialhilfegesetz erfolgreich abgeschlossen werden, und das Haus Eckesey in Hagen nahm seinen Betrieb wieder auf.

Trotz dieser positiven Entwicklungen ist anzumerken, dass im Zuge der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte die Suchtkrankenhilfe und insbesondere die Sucht- und Drogenberatungsstellen gegen alle Widerstände von Kürzungen nicht verschont blieben.

Im Jahr 2003 mussten Träger sich von einzelnen Leistungsbereichen wie der Sucht- und AIDS-Prephylaxestelle im Ennepe-Ruhr-Kreis verabschieden. Das Beratungsangebot in Hagen wurde um die Hälfte reduziert. Weiterhin erfolgreich arbeitet die Fachklinik „Im Deerth“ in Hagen. Ihre Schwerpunkte sind die stationäre Drogenhilfe und der Maßregelvollzug.



Von Armut besonders betroffen: Kinder und Familien.

Es ist zu befürchten, dass bei weiteren finanziellen Einschnitten unsere Träger das gewünschte Leistungsspektrum bei gleich bleibender Qualität der Versorgung nicht mehr in dem erforderlichen Umfang aufrechterhalten können.

**Erzieherische Hilfen der Jugendhilfe**

Erzieherische Hilfen sind Leistungen von Trägern der Jugendhilfe, die Personensorgeberechtigte in Anspruch nehmen können, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit geeignet und notwendig ist. Im Sozialgesetzbuch (SGB VIII) werden die folgenden Hilfeformen genannt, die von den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe bereit-zustellen sind:

Erziehungsberatung (Institutionelle Beratung), soziale Gruppenarbeit, Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer, sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege in einer anderen Familie, Heimerziehung/sonstige

betreute Wohnform und intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung.

Gemeinsames Merkmal der Hilfen zur Erziehung ist eine gegenüber anderen Angeboten der Jugendhilfe intensivere, das heißt über allgemeine Beratungs- und Betreuungsangebote hinausgehende Unterstützung der Sorgeberechtigten bei der Erziehung des jungen Menschen.

Angesichts gravierender gesellschaftlicher Veränderungen, denen Familien und Lebensgemeinschaften mit Kindern ausgesetzt sind, kommt diesem Arbeitsgebiet zunehmend mehr Bedeutung zu. Auch in unserem Bezirk werden unterschiedlichste Dienstleistungen seit Jahren spezialisiert und mit hoher Qualität angeboten:

- ambulante erzieherische Hilfen (Ahlen, Gladbeck, Haltern, Hamm, Münster)
- Erziehungsberatungsstellen (Meinerzhagen)
- Jugendwohnen (Dortmund)
- sozialpädagogische Familienhilfen (Bochum, Castrop-Rauxel, Gelsenkirchen, Gevelsberg, Hamm, Herne, Münster)

Mit der Arbeiterwohlfahrt haben die Kommunen einen kompetenten und verlässlichen Partner vor Ort, der in unterschiedlichsten Netzwerken gemeinsam mit anderen Dienstleistungsanbietern im Bereich der Jugendhilfe tätig ist. Gerade im Bereich der ambulanten flexiblen Hilfen verzeichnen wir eine deutlich gestiegene Nachfrage durch die Jugendämter. Ambulante vor stationärer Hilfe ist der politisch gewollte Ansatz in den Kommunen, wenngleich stationäre Angebote dadurch nicht überflüssig werden.

Im Jahr 2003 wurde ein Arbeitskreis auf Bezirksebene eingerichtet, der die Arbeit der Untergliederungen in diesen Arbeitsfeldern fachlich unterstützt.

### Neues zum Thema „Kinderarmut“

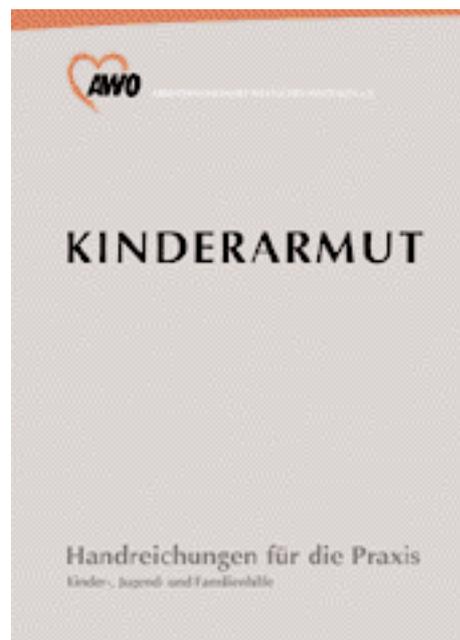
Kinderarmut ist und bleibt ein Problem, es wird nur nicht ausreichend darüber geredet. Mit Unterstützung von Praktikerinnen und Praktikern aus AWO-Tageseinrichtungen für Kinder wurde die erste Ausgabe der neuen „AWO-Handreichungen für die Praxis“ zum Themenbereich „Kinderarmut“ erstellt. Die neue Publikation gibt Mitarbeitern/innen und Ehrenamtlichen praktische Empfehlungen und Hilfestellung für den Umgang mit dem verschwiegenen Thema.

Die Publikation ist in einer Auflage von 1000 Exemplaren erschienen. Vor allem Erzieher/innen, Sozialarbeiter/innen und Sozialpädagogen/innen, aber auch ehrenamtlich tätige Menschen in Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Jugendämter im westlichen Westfalen haben die Handreichungen erhalten. Das Rad musste nicht neu erfunden werden, wir haben vielmehr von dem Sachverstand der Kollegen/innen profitiert, die Tag für Tag mit Kindern umgehen, deren Leben von Armut geprägt ist.

Weil die Kinderarmut schon lange in der Bundesrepublik existiert, aber genauso lange zum „Nichtthema“ erklärt wurde, stand viel zu wenig Geld für diese Kinder bzw. für die Arbeit mit ihnen zur Verfügung. Wer in diesem Bereich arbeitet, entwickelt aus Notwendigkeit unkonventionelle, aber effiziente Ideen, Methoden und Angebote, um den Betroffenen zu helfen. Viele Vorschläge wurden gesammelt, die ohne große finanzielle Aufwendungen realisierbar sind.

Die Handreichung hat die Funktion eines Nachschlagewerkes, das die vielen Ideen und Projekte der Fachleute aus etwa 300 Einrichtungen sammelt und vorstellt.

Bei ihrer Arbeit erhielten die Autoren/innen einen guten Gesamtüberblick über die Situation



**Handreichung für die Praxis  
zum Thema: Kinderarmut**

im Bezirk Westliches Westfalen. Die Aussagen der bundesweiten AWO-Studie zum Thema „Gute Kindheit – schlechte Kindheit“ finden leider auch in den beteiligten Kommunen Bestätigung: Finanzielle Nöte im Elternhaus, Mangel an Zeit für Kinder sowie Überforderung vieler Eltern bei der Erziehung führen bei vielen Kindern zu unterschiedlichsten Mangelerscheinungen.

Im Ruhrgebiet ist die Lage aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit sicherlich noch angespannter als in vielen ländlichen Regionen. In den Untersuchungen wurde festgestellt, dass die Armut wächst, alle Lebensbereiche der Kinder betrifft und sich vor allem mit wachsendem Alter und dem Eintritt in höhere Schulstufen verfestigt.

In dieser Situation setzt die AWO auf Offenheit und Zusammenarbeit. Die Handreichung soll auch dazu anregen, Netzwerke zu bilden, zwischen Einrichtungen, zwischen Trägern und Gruppen, Vereinen, Kommunen und anderen Verbänden. Verstärkt hat sich die Erkenntnis, dass die Angebote möglichst niedrigschwellig sein müssen. Die Zielgruppe ist am besten an den gewohnten Lebensorten zu erreichen, vor allem in Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Zwar kann die neue Handreichung grundsätzlich nichts an den Lebensbedingungen ändern, denen viele Kinder ausgesetzt sind, sie hilft aber die Situation vor Ort für viele Kinder erträglicher zu gestalten und im Einzelfall konkret zu verbessern.

### Schuldnerberatung

Ver- und Überschuldung sind mittlerweile gesellschaftliche Tatbestände, die nicht nur in sozialen Randgruppen vorkommen.

Wechselfälle des Lebens wie Arbeitslosigkeit, Trennung/Scheidung, eigene Leistungsminde-

rung, gescheiterte Selbständigkeit können jeden treffen und zu finanziellen Problemlagen führen, die ohne professionelle Hilfe nicht zu lösen sind. Am Ende einer Schuldenspirale steht immer eine stark eingeschränkte Teilhabe am Wirtschaftskreislauf oder gar eine vollständige Ausgrenzung der überschuldeten Menschen.

Schuldnerberatung hat das Ziel, diesen überschuldeten Menschen bei der Bewältigung ihrer finanziellen und sozialen Probleme zu helfen, über die Einzelfallhilfe hinaus aber auch zur Verhinderung von Überschuldung beizutragen und sozialpolitisch Stellung zu beziehen.

Im Bezirk Westliches Westfalen der AWO bestehen in den Orten Altena, Bocholt, Datteln, Iserlohn, Lippstadt, Münster, Unna/Kamen, Werdohl spezialisierte Schuldnerberatungsstellen mit insgesamt 21 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sowie eine Fachberaterstelle für Schuldnerberatung in Hagen.

Sie bieten konkrete Hilfen u. a.:

- zur Klärung der persönlichen Problemsituation
- zur Existenzsicherung
- bei Forderungsüberprüfung
- zum Schuldnerschutz
- bei Haushalts- und Budgetberatung
- bei Regulierung und Entschuldung
- im Verbraucherinsolvenzverfahren

Die Beratungsnachfrage ist in den letzten Jahren stark gestiegen.

Zum einen hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Situation vieler Haushalte verschlechtert und zu einem größeren Hilfebedarf geführt. Zum anderen nutzten Überschuldete das 1999 eingeführte Verbraucherinsolvenzrecht, das Privatpersonen die Chance einer Restschuldbefreiung eröffnet.



Mit der Reform dieses Gesetzeswerkes Ende 2001 – jetzt können auch vermögenslose Schuldner ohne vorherige Zahlung von Gerichtskosten Schuldenbefreiung erlangen – stieg die Nachfrage nochmals stark an. Wegen der starken Beratungsnachfrage haben viele Beratungsstellen daher leider Wartelisten einrichten müssen.

Die internen Möglichkeiten, die Beratungsprozesse unter Beibehaltung der Qualitätsstandards durch den Einsatz EDV-gestützter Beratungsabläufe sowie durch die vermehrte Einbeziehung der Potenziale der Ratsuchenden effizienter zu gestalten, sind mittlerweile ausgezitt.

Speziell auf die Verbraucherinsolvenzberatung warten Ratsuchende oft mehr als ein halbes Jahr – in einigen Beratungsstellen sogar mehr als ein Jahr. Das stellt sowohl die Berater/innen wie auch die Kunden/innen nicht zufrieden, wäre aber nur durch eine personelle Ausweitung des Beratungsangebotes, verbunden mit einer zusätzlichen Finanzierung, zu beheben.

Bei dem geplanten Umbau der Sozialsysteme (Hartz, SGB II, SGB XII ...) in den nächsten Jahren gilt es darauf zu achten und von der Politik einzufordern, den Zugang für alle Ratsuchenden in die Schuldnerberatungsstellen zu gewährleisten.

Erste Ansätze lassen hier befürchten, dass im Rahmen der Sparmaßnahmen große Gruppen von Verd- und Überschuldeten ausgegrenzt werden, d.h. dass ihnen in ihrer Notlage der Zugang zur öffentlich finanzierten Schuldnerberatung verwehrt wird. Wir erleben schon heute, dass sich Menschen in ihrer Not an kommerzielle Schuldenregulierer und unseriöse Kreditvermittler wenden.

Von unserer Schuldnerberatung profitieren viele:

- Unsere „Kunden“ – indem wir helfen, sie wieder in den sozialen und wirtschaftlichen Kreislauf zu integrieren, sie wieder handlungsfähig zu machen und ihnen eine Perspektive zu geben.
- Junge Leute – indem wir durch Aufklärung Prävention betreiben und somit verhindern, dass sie überhaupt in das Schuldenkarussell geraten.
- Die Sozialsysteme – indem wir helfen, Sozialhilfebezug zu vermeiden oder zu beenden und somit dazu beitragen, öffentliche Gelder einzusparen.
- Die Gläubiger – indem wir die oft gestörte Kommunikation mit ihren Kunden mit dem Ziel einer Problemlösung wieder in Gang setzen.

Schuldnerberatung rechnet sich also!



**Stand der Beratungsstelle Ehe und Leben zum Frauentag 2004**

### Frauenhäuser

Die Frauenhäuser der Arbeiterwohlfahrt im Bezirk Westliches Westfalen befinden sich in Iserlohn und Bottrop. Sie bieten Schutz für Frauen mit ihren Kindern, die körperlicher, seelischer oder sexueller Gewalt ausgesetzt bzw. davon bedroht sind. Die Frauenhäuser dienen als Zufluchtsstätte vor Gewalt und bieten psychosoziale Betreuung und Beratung an.

In den Einrichtungen nimmt der Beratungsbedarf kontinuierlich zu. Tendenziell befinden sich unter den Frauenhausbewohnerinnen vermehrt schwer traumatisierte Frauen, die extreme Gewalt erlitten haben. Diese Frauen sind oft Opfer brutaler Misshandlungen, systematischer Erniedrigung und Vergewaltigung. Daneben gibt es auch die Form der sexuellen Ausbeutung und Zwangsprostitution.

Die Frauenhäuser bieten Unterstützung bei der Durchsetzung finanzieller und rechtlicher Ansprüche. Daneben werden die Frauen bei dem Prozess der Neuorientierung des künftigen Lebens nach dem Aufenthalt im Frauenhaus begleitet.

Der Anteil von Migrantinnen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus und geringen Deutschkenntnissen, deren Lebenssituation durch massive Gewalterfahrung sowie Perspektivlosigkeit geprägt ist, steigt weiterhin. Im Hinblick auf diese Problemlage haben sich die Teams weiterqualifiziert bzw. die Teamzusammensetzung umgestaltet.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Arbeit mit den betroffenen Kindern während des Aufenthaltes. Es werden Unterstützungsangebote für Mütter und für z.T. traumatisierte Kinder angeboten. Am 01.01.2002 ist das Gewaltschutzgesetz

(GschG) in Kraft getreten. Zur Umsetzung des Aktionsplans der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen wurde unter Federführung des Frauenministeriums ein Runder Tisch in NRW gegründet. Dieser ist mit der Ausgestaltung und Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes in NRW befasst.

Dies führt im Wesentlichen zu einer Veränderung der Gewichtung von Aufgabenfeldern. Die Umsetzung erfordert eine verstärkte Vernetzung verschiedener Institutionen in regionalen Kooperationen.

Die Polizei bietet bei Einsätzen gegen häusliche Gewalt den betroffenen Frauen Informationen über mögliche Beratungsstellen an. Das Frauenhaus ist hier immer eine Anlaufstelle für Beratung, sodass es zu einer Steigerung der ambulanten Beratung kommt.

### **Familien-, Lebens- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen**

Seit dem 01.01.2002 gibt es im Bereich der Familien- und Lebensberatungsstellen Veränderungen in den Förderrichtlinien. Es wird zwischen Ehe- und Lebensberatungsstelle und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen unterschieden.

Angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen und den damit verbundenen ansteigenden Belastungen nimmt die Bedeutung von Familien- und Lebensberatungsstellen zu. Der Bedarf an psychosozialer Beratung in Fragen von Partnerschaft, Trennung und Scheidung, häufig verbunden mit der Personensorge für Kinder, steigt. In Dortmund und Meinerzhagen halten wir Ehe- und Lebens- bzw. Erziehungsberatungsstellen vor. Im Bereich von Trennungs- und Scheidungssituationen bieten unsere Ehe- und Lebensberatungsstellen Unterstützung für Eltern u.a. mit Mediation an. Da-

neben wird deutlich, dass aufgrund des zunehmenden Leistungsdruckes in der Arbeitswelt häufig Beratungen in Fällen von Mobbing angefragt werden. Unterschiedliche fachliche Spezialisierungen der Mitarbeiter/innen sichern ein breit gefächertes Leistungsangebot.

Die Beratungsstellen für Schwangerschaftskonflikte, Familienplanung und Sexualberatung bieten psychosoziale Beratung in allen Fragen der Familienplanung und Sexualität. Dabei werden Frauen, Männer, Jugendliche, Paare und Familien beraten. In der Schwangerschaftskonfliktberatung werden Frauen bei der Entscheidungsfindung für oder gegen ein Kind unterstützt.

Die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen beteiligen sich seit 2002 an der Verteilung der Mittel der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz für das ungeborene Leben“. Die Stiftung bietet Schwangeren, die sich in finanzieller Notlage befinden, Unterstützung. Dieses Arbeitsfeld ist nach einigen Anlaufschwierigkeiten bereitwillig von den Frauen angenommen worden.

Im Rahmen der Sexualberatung bestehen spezialisierte Angebote zur Aufklärung insbesondere



re für Jugendliche. Fragen zur Familienplanung und Schwangerschaft werden thematisiert. Beratung bei ungewollt kinderloser Partnerschaft wird geleistet.

In der Präventionsarbeit ergeben sich durch neue Medien auch neue Beratungsmöglichkeiten. Für die Internet-Präsentation werden neue Beratungsformen konzipiert und ausprobiert. In den Beratungsstellen in Lippstadt und Dortmund ist eine kostenlose Hotline für Jugendliche eingerichtet worden.

Die Versorgungsstruktur mit Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen hat sich in den vergangenen Jahren durch den Ausstieg der katholischen Kirche erheblich verändert. Die Arbeiterwohlfahrt hat in einigen Regionen das Beratungsangebot

ausgeweitet. Derzeit bestehen AWO-Schwangerschaftskonfliktberatungen in Bergkamen, Dortmund, Hagen, Hamm, Lippstadt, Lünen mit einer Nebenstelle in Schwerte.

### Entwicklung im Zivildienst/ Freiwilliges Soziales Jahr

Mit dem Inkrafttreten des § 14 c Zivildienstgesetz und der Novellierung des FSJ-Gesetzes haben diese Arbeitsfelder eine Verknüpfung erhalten: Seit dem 1. August 2002 können junge Männer mit dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) alternativ zum Zivildienst die Wehrpflicht erfüllen. Sie müssen sich für die Dauer von zwölf Monaten (anstelle eines Zivildienstes von zehn Monaten) auf einem nach dem 31. Juli 2002 neu eingerichteten Platz für ein FSJ verpflichten.



**Zivildienst: Helfende Hände in sozialen Einrichtungen – wie lange noch?**

**Zivildienst:** Aufgrund der Entwicklung bei der Heranziehung junger Männer zum Wehrdienst wurde auch die Jahresdurchschnittszahl der Zivildienstleistenden kontinuierlich gesenkt. Für die Arbeiterwohlfahrt im Bezirk Westliches Westfalen machte das einen Rückgang von fast 50 Prozent aus. Bezogen auf die Einsatzstellen setzte der Bezirk Prioritäten im Bereich der stationären Altenhilfe und der Hilfen für Menschen mit Behinderungen – mit der Konsequenz, dass der Rückgang im Bereich der ambulanten Pflege und der handwerklichen Tätigkeiten in Seniorenzentren überproportional ausfiel.

Die seit vielen Jahren andauernde Diskussion um die Wehrpflicht und damit den Fortbestand des Zivildienstes verunsichert junge Männer und Dienststellen gleichermaßen. Neben der mangelnden Planungssicherheit veranlassten aber auch Dienstzeitverkürzungen und die verschlechterten finanziellen Rahmenbedingungen viele Einrichtungen, sich von der Arbeit mit Zivildienstleistenden abzuwenden.

Ohne den Einsatz von Zivildienstleistenden sind Einrichtungen und Dienste der AWO zwar nicht in ihrem Bestand gefährdet, aber viele helfende Hände werden fehlen und viele Hilfestellungen werden nicht mehr in dem bisherigen Umfang möglich sein. Um diese Versorgungslücken auszugleichen, empfahl die Kommission 'Impulse für die Zivilgesellschaft – Perspektiven für Freiwilligendienste und Zivildienst in Deutschland' im Januar 2004 eine Kombination aus freiwilligem und ehrenamtlichem Engagement, FSJ, Minijobbern und Vollzeitkräften. Die Arbeiterwohlfahrt fordert, die mit dem Wegfall des Zivildienstes frei werdenden Aufwendungen des Bundes zukünftig vollständig für Freiwilligen-Dienste einzusetzen.

**Freiwilliges Soziales Jahr:** Die Arbeiterwohlfahrt bietet seit 1963 jungen Männern und Frau-



en das Freiwillige Soziale Jahr an. In den vergangenen vier Jahren waren ca. 375 junge Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr bei uns tätig. Sie wurden in Seniorenzentren, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Tageseinrichtungen für Kinder, Kurkliniken, Jugendzentren und ambulanten Diensten eingesetzt.

Das Freiwillige Soziale Jahr bietet sich als soziales Bildungsjahr für junge Menschen an. Es ist ein Übungsfeld für soziales und gesellschaftliches Engagement. Während des Freiwilligen Sozialen Jahres wird die praxisbezogene Tätigkeit mit einer begleitenden pädagogischen Seminararbeit verbunden.

Viele dieser jungen Menschen engagieren sich erstmals in sozialen Einrichtungen. Die Freiwilligen sehen für sich die Möglichkeit, berufliche und persönliche Zielvorstellungen zu überprüfen und gleichzeitig anderen Menschen Hilfestellung anzubieten.



**Werkstätten für Menschen mit Behinderungen – Leistung trotz Behinderung**

## Hilfen für Menschen mit Behinderungen

„Behinderte und von Behinderung bedrohte Menschen erhalten Leistungen, um ihre Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligung zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken.“

Dieser Leitsatz im neunten Sozialgesetzbuch (SGB IX) stellt einen zentralen Paradigmenwechsel in der Behindertenhilfe dar. Er greift den Anspruch behinderter Menschen auf, nicht Objekt wohlmeinender Fürsorge sein zu wollen, sondern als handelnde Person Einfluss auf die eigene Lebensgestaltung zu haben.

Das Gesetz enthält für behinderte Menschen eine Reihe von Verbesserungen, wie die Möglichkeit des persönlichen Budgets, die Arbeitsassistenz, den Anspruch auf umfassende Hilfen am Arbeitsplatz und den Anspruch auf rasche unbürokratische Hilfeleistung.

Integrationsdienste und Integrationsbetriebe haben im Berichtszeitraum eine Rechtsgrundlage erhalten. Allerdings sind die vorgesehenen Finanzierungsgrundlagen nicht ausreichend, um die verstärkte Vermittlung von Werkstattbe-

schäftigten in den allgemeinen Arbeitsmarkt oder in Integrationsprojekte zu erreichen.

Für die Behindertenhilfe innerhalb unseres Bezirksverbandes ist dies eine große Herausforderung und verlangt einen Reformprozess in den Einrichtungen und Diensten.

Mit dem Gesetz zur Einordnung des Sozialhilfrechts in das Sozialgesetzbuch (SGB XII) vom 27. Dezember 2003 wird die bereits im Rahmen des SGB IX eingeleitete neue Orientierung der Politik für behinderte Menschen fortgesetzt und ausgebaut durch z. B.

- Förderung der Eigenverantwortung – durch Selbständigkeit, Selbsthilfe, Selbstbestimmung
- Vorrang ambulanter Leistungen – vor teilstationären und stationären Hilfen

Es wird sich in Zukunft zeigen, ob die Rehabilitationsträger vor dem Hintergrund der abgeschlossenen Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen bereit und in der Lage sind, die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die nötig sind, um allen behinderten Menschen die Unter-

stützung zu geben, die diese benötigen, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Dazu werden wir innerverbandlich die notwendige Diskussion um Standards und Rahmenbedingungen in der Behindertenhilfe, um Leitbilder und neue Handlungsmodelle in der Sozialpolitik und täglichen Praxis führen.

Unser Anliegen muss daher sein, einen offensiv ausgetragenen fachlichen Dialog aller Beteiligten über die zukünftige Gestaltung der Hilfen für behinderte Menschen zu finden.

### **Frühförderstellen und Familienunterstützende Dienste**

Je früher in der kindlichen Entwicklung Auffälligkeiten oder Beeinträchtigungen erkannt wer-

den, desto besser kann vorgebeugt, erfolgreich unterstützt und behandelt werden.

Unsere wohnortnahen Frühförderstellen in den Unterbezirken Ennepe-Ruhr, Hagen-Märkischer Kreis und Hochsauerland nutzen die Vorteile sowohl der mobilen Arbeitsweise mit dem Schwerpunkt der Hausfrühförderung als auch der ambulanten Förderung.

Frühförderstellen entscheiden mit den jeweiligen niedergelassenen Kinderärzten, welche pädagogische und therapeutische Unterstützung, die in der Phase der kindlichen Entwicklung notwendig sind, sie leisten.

Sowohl der Personenkreis der frühförderbedürftigen Kinder als auch die Anforderungen an die Frühförderstellen erweitern und verändern sich.



Wartezeiten auf entsprechende Beratung nehmen zu. Im Berichtszeitraum ist es nicht gelungen, mit dem Land NRW eine Rahmenempfehlung über strukturelle Mindestanforderungen an die interdisziplinäre Frühförderung abzuschließen.

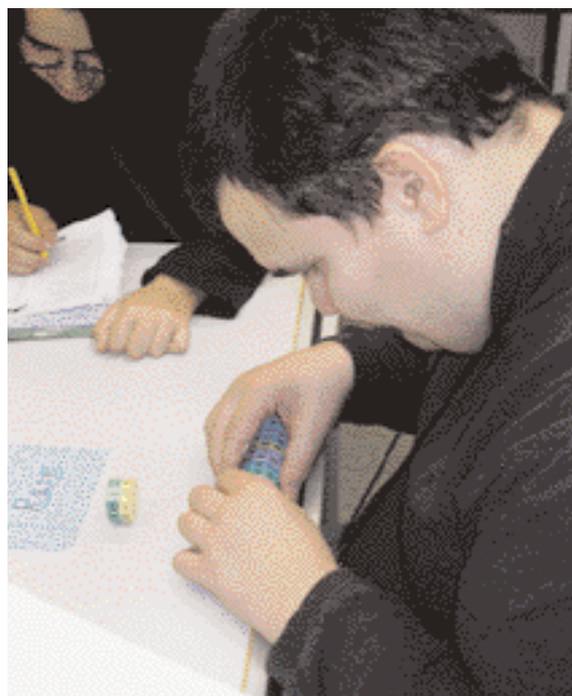
Es wird sich zeigen, ob die zuständigen Sozialleistungsträger bereit sind, die finanziellen Mittel zur Durchführung der Komplexleistung zur Verfügung zu stellen. Nur so wäre gewährleistet, dass alle Kinder von ihrer Geburt bis zum Schuleintritt ambulant und mobil/aufsuchend diagnostiziert, behandelt und gefördert werden können. Ziel einer Politik für behinderte Menschen muss sein, die interdisziplinäre Frühförderung finanziell abzusichern, damit eine drohende oder bereits eingetretene Behinderung oder Entwicklungsstörung zum frühest möglichen Zeitpunkt erkannt sowie die eingetretene Behinderung durch gezielte Förder- und Behandlungsmaßnahmen ausgeglichen oder gemildert werden.

**Heilpädagogische Bildung, Erziehung und Betreuung**

Die heilpädagogischen Tageseinrichtungen für Kinder sowie Schulen für geistig behinderte Schüler/innen sind Ganztagsangebote zur Bildung, Erziehung und Betreuung. Der differenzierte Auftrag der Einrichtungen vollzieht sich immer in einem ganzheitlichen Prozess.

Im Rahmen der pädagogischen Arbeit werden daher Angebote entwickelt, die alle Entwicklungsbereiche der Kinder und Schüler/innen (emotional, sozial, körperlich und kognitiv) einbeziehen.

In den vergangenen Jahren hat die gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern in Tageseinrichtungen im Bereich des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe einen erheblichen Zuwachs erfahren und ist zu einem wichtigen Angebot geworden. Sie bildet die





Grundlage für den Start in die weiterführenden Bildungseinrichtungen für alle Kinder.

Aufgrund der angespannten Haushaltssituation droht vermehrt, dass die sog. additiven und heilpädagogischen Tageseinrichtungen für Kinder als zweitrangige Einrichtungen bewertet werden.

Gleichzeitig sollen in heilpädagogischen Einrichtungen die Standards wie Gruppengröße, Tagessätze und die therapeutische Versorgung gesenkt werden. Es muss daher dringend in naher Zukunft geklärt werden, welche qualitativen Standards in der Förderung und Betreuung von behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern notwendig sind. In diesen Zusammenhang gehören auch die Fragen der Bedarfsplanung und des Stellenwerts der heilpädagogischen Tageseinrichtungen.

### **Wohnen**

Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis aller Menschen. Das Zuhause ist ein Ort der Geborgenheit, des Wohlfühlens, der Vertrautheit und der Sicherheit.

In 31 Wohnstätten innerhalb des Bezirksverbandes bieten wir erwachsenen, geistig, körperlich, seelisch und mehrfachbehinderten Menschen, die nicht nur im familiären Umfeld leben möchten oder nicht alleine wohnen können, differenzierte

Wohnangebote. Hier finden behinderte Menschen einen Lebensmittelpunkt, den sie individuell oder mit anderen gemeinsam gestalten können.

Die Wohnangebote reichen von Wohnstätten mit Plätzen für den kurzzeitigen Aufenthalt bis hin zu Trainingswohngruppen, in denen die Bewohner auf ein selbständiges Leben außerhalb der Wohnstätte vorbereitet werden. Darüber hinaus sind Außenwohngruppen mit bis zu sechs Plätzen und das dezentrale Einzelwohnen Angebote mit hoher Eigenständigkeit der Bewohner. Leitgedanken wie z. B. Selbstbestimmung, Integration, eine selbständige Lebensführung und Assistenz charakterisieren heute die Arbeit und stehen im Mittelpunkt.

Mit Blick auf mehr Wohn- und Lebensqualität für den einzelnen behinderten Menschen wurden an zahlreichen Standorten Modernisierungsmaßnahmen und Entzerrungen vorgenommen und, soweit noch nicht vorhanden, der Ausbau von Einzelzimmern vorangetrieben.

Unterschiedliche Zielgruppen wie z. B. schwerstbehinderte Menschen und ältere behinderte Menschen, ehemalige Werkstattbeschäftigte finden dabei unsere besondere Aufmerksamkeit durch die Schaffung von differenzierten Angeboten wie dem Auf- und Ausbau von tagesstrukturierenden Angeboten.



Auch das „Ambulant Betreute Wohnen“ konnte weiter ausgebaut werden. Zum 01.07.2003 sind im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes neue Bestimmungen zum selbständigen Wohnen behinderter Menschen in Kraft getreten. Damit wurden die Zuständigkeiten im Bereich der Eingliederungshilfe für das selbständige Wohnen behinderter Menschen zeitlich befristet bei den Landschaftsverbänden zusammengeführt.

Aus unserer Sicht sind nunmehr die Voraussetzungen gegeben, im ambulanten Bereich flächendeckend eine an den Bedürfnissen behinderter Menschen orientierte bedarfsgerechte ambulante Versorgungsstruktur aufzubauen.

Unser Bezirksverband wird in enger Abstimmung und Kooperation mit den Untergliederungen problemorientiert und praxisnah das ambulant betreute Wohnen weiterentwickeln und mit anderen Hilfen zur Alltagsbewältigung in den Bereichen Arbeit, Freizeit und Wohnen sowie Mobilitätshilfen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vernetzen.

Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen des betreuten Wohnens einschließlich der ergänzenden Leistungen ist eine leistungsgerechte Vergütung.

Die Arbeiterwohlfahrt wird den Prozess des verstärkten Ausbaus des ambulant betreuten Woh-

nens und anderer ambulanter Angebote aktiv begleiten und sieht sich hier als Kooperationspartner der beiden Landschaftsverbände, der Kommunen und der wissenschaftlichen Begleitung durch die Universität Siegen.

### **Berufliche Bildung und Arbeit in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen**

Wenn Menschen mit Behinderungen nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können, bieten ihnen die Werkstätten für behinderte Menschen einen Arbeitsplatz auf dem so genannten zweiten Arbeitsmarkt an.

Berufliche Bildung und Arbeit in den Werkstätten orientieren sich am Hilfebedarf des Einzelnen. Dies bedeutet, dass die Arbeitsplätze in der Werkstatt an den dort tätigen voll erwerbsgeminderten Menschen angepasst werden.

Derzeit sind in unseren Werkstätten Dortmund (Schultenhof), Ennepe-Ruhr (Asbeck), Münster (Telgte, Gut Kinderhaus, Münster-Nord) und Siegen (Siegen-Eiserfeld, Erndtebrück) rd. 2.310 überwiegend geistig, körperlich und hörbehinderte Menschen beschäftigt. Außerdem werden in den Zweigwerkstätten für psychisch behinderte Menschen rd. 430 Plätze vorgehalten. Insgesamt werden wir in den nächsten Jahren 250 neue Werkstattplätze für die Zielgruppen schaffen.

Auffällig ist seit einigen Jahren, dass bei neu Hinzukommenden Art und Schwere der Behinderungen zunehmen und damit die Förder- und Betreuungsbedarfe des Einzelnen steigen.

Unsere Werkstätten haben sich fachlich und inhaltlich dieser Zielgruppe gestellt und konnten in enger Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe ein entsprechendes Raumprogramm mit separater Küche, Ruheraum, Sanitätsraum entwickeln, das dem besonderen Hilfebedarf dieser Menschen entspricht.

Die Werkstattarbeit umfasst differenzierte Geschäftsbereiche wie Montage und Verpackung, Holzbearbeitung, Landwirtschaft, Garten und Landschaftspflege. Zu Beginn der beruflichen Eingliederung werden im Eingangsverfahren und

Berufsbildungsbereich die Leistungsfähigkeit sowie die Interessen und Ziele der Teilnehmer festgestellt. Im Rahmen der individuellen Hilfeplanung werden die angemessenen Berufsfördermaßnahmen erstellt und fortgeschrieben.

Die Leistungsbereiche „Eingangsverfahren“ und „Berufsbildungsbereich“ haben grundlegende Bedeutung für die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten der Teilnehmer.

Die Aufnahme in den Arbeitsbereich erfolgt in der Regel nach zwei Jahren. Dabei wird die unmittelbare Förderung am Arbeitsplatz durch Maßnahmen der persönlichen Entwicklung und Entfaltung ergänzt.

Förderung und Betreuung sind, ebenso wie die Verfahren im Arbeits- und Produktionsbereich, im Qualitäts-Management-System der Werkstätten beschrieben und nach DIN EN/ISO 9001/2000 zertifiziert.

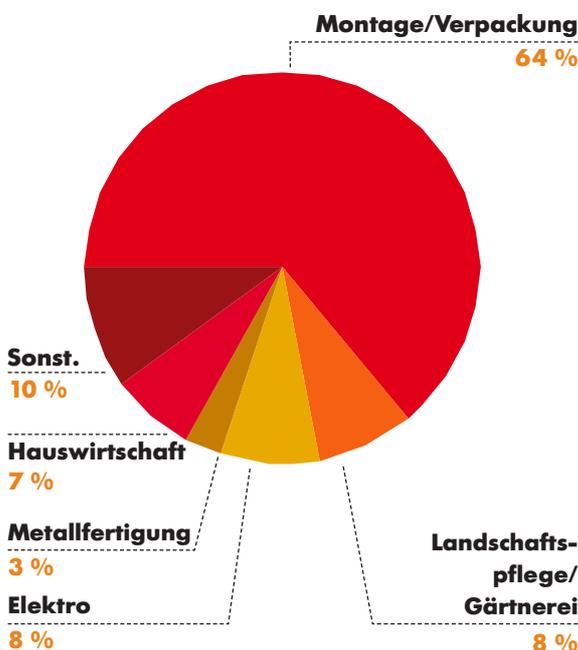
Darüber hinaus steht den Beschäftigten ein breites Angebot an Fachdiensten zur Verfügung wie Sozialer Dienst, medizinisch-pflegerische Zusatzdienste, Kreativangebote, Sport und ggf. ein zahnärztlicher Dienst.

Die mit dem Sozialgesetzbuch IX verabschiedete Mitwirkungsverordnung hat endlich für die Werkstatträte, als Vertretung der Beschäftigten, eine verbindliche Rechtsgrundlage geschaffen. Mit dieser Verordnung und den geänderten Rahmenbedingungen hat sich die Mitwirkung in den Einrichtungen entscheidend verändert.

Der Fachverband für Behindertenhilfe bietet kontinuierlich Tagesseminare für die Werkstatträte an. In 2003 konnte erstmals eine mehrtägige Veranstaltung durchgeführt werden, die in 2004 fortgesetzt wird.

## GESCHÄFTSBEREICHE UNSERER WERKSTÄTTEN

(nach behinderten Mitarbeitern/innen)





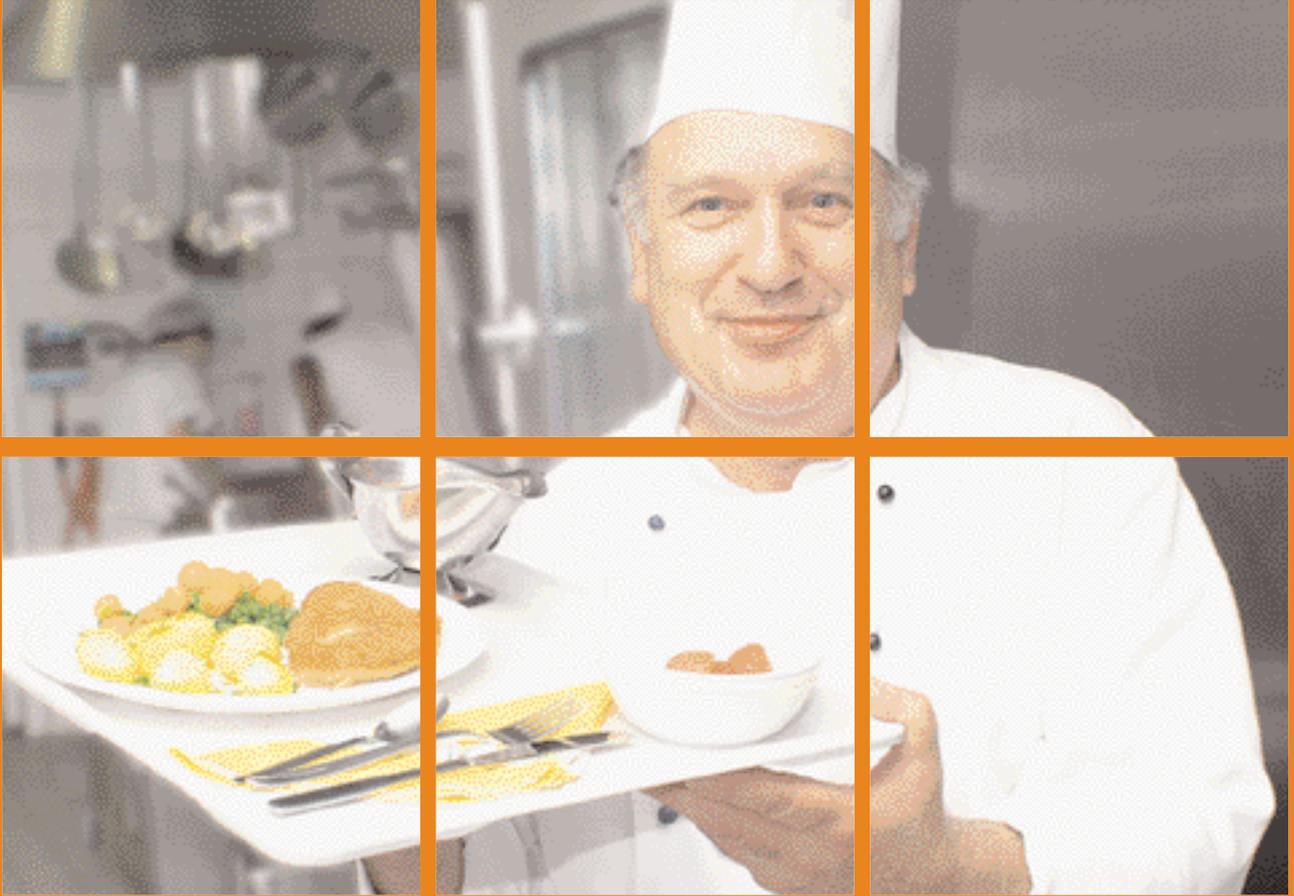
## **ENTWICKLUNGEN UND PERSPEKTIVEN**

# Entwicklungen und Perspektiven

Die Arbeiterwohlfahrt im westlichen Westfalen beteiligt sich – mit Nachdruck – am Umbau unseres Sozialstaates. Sie tut dies mit Augenmaß, aber nicht um jeden Preis.

Vorstand und Geschäftsführung des Bezirksverbandes tun alles, damit unsere Arbeiterwohlfahrt in unserem Bezirksverband auch in Zukunft eine mitgliederstarke Organisation ist, die vielfältiges ehrenamtliches Engagement bündelt, neues bürgerschaftliches Engagement fördert, um überall da, wo hauptamtliche Arbeit nicht weiterhelfen kann bzw. volkswirtschaftlich auch nicht bezahlbar ist, Akzente zu setzen, die ihren Ursprung in der Geschichte der Arbeiterwohlfahrt haben.

Gleichzeitig muss das Unternehmen Arbeiterwohlfahrt Westliches Westfalen zukunftssicher gemacht werden. Hierbei gilt es insbesondere, die vorhandenen Frühwarnsysteme weiter zu entwickeln, damit sowohl Marktentwicklungen als auch eigene Fehler schnellstmöglich festgestellt werden können, um die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Arbeiterwohlfahrt im westlichen Westfalen versteht sich als regionaler Anbieter hochwertiger Dienstleistungen im Gesundheits- und Sozialbereich und ihr ist wichtig, auch in Zukunft eine enge Verzahnung/Verzahnung der verbandlichen und der unternehmerischen Strukturen, der hauptamtlich Beschäftigten und der Mitglieder zu erhalten.



## **DIE GESELLSCHAFTEN**

# AW Kur und Erholungsgesellschaft mbH

Traditionelle Aufgabenbereiche der AW Kur und Erholungsgesellschaft mbH sind die Vermittlung und das Angebot von Mutter-Kind-Kuren sowie von Familien-, Senioren- und Behindertenreisen.

Die AW Kur und Erholungs GmbH ist, als 100%ige Tochtergesellschaft des Bezirksverbandes, an vier Standorten Träger von Mutter-Kind-Kureinrichtungen und Gästehäusern: in Großenbrode/Ostsee, auf Norderney, in Winterberg sowie in Zingst (Ostsee/Mecklenburg-Vorpommern). Ergänzend vermittelt die GmbH für den Bezirk Seminaraufenthalte in Altastenberg/Sauerland und Ferienunterkünfte in Bad Sachsa/Harz und bietet darüber hinaus komplette „Reisepakete“ an.

Zusätzlich führen Kreisverbände und Unterbezirke Kinder- und Jugenderholungsreisen sowie Familien-, Senioren- und Behindertenfreizeiten durch.

Die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erschweren für bestimmte Personengruppen die Realisierung von Urlaubs- und Kurwünschen, sodass mit dem Angebot der AW Kur und Erholung finanzierbare Alternativen zum herkömmlichen Reisemarkt geboten werden können.

## Familienerholung

Die AW Kur und Erholungs GmbH bietet familiengerechte Angebote, um vom Alltagsdruck Abstand zu gewinnen und in Mittelgebirgslage oder an der See neue Kräfte zu tanken. In Ferienwohnungen oder bei Unterkunft in Zimmern mit Verpflegung können Familien wieder zueinander finden und haben eine gute Basis, von dort aus

die Annehmlichkeiten der gewählten Urlaubsregionen zu nutzen. Durch den Wegfall der öffentlichen Förderungen gestalten wir dieses Angebot derzeit in einen differenzierten Familien-Reisedienst um.

## Mutter-Kind-Kur

Die physische und psychische Gesundheit der Mütter und ihrer Kinder stehen im Mittelpunkt der qualifizierten und engagierten Arbeit in den Kureinrichtungen. Ergänzt um sportliche und kreative Angebote und nachhaltiges Gesundheitstraining werden Anregungen für den Alltag gegeben, um den Kurerfolg auch zu Hause wirken zu lassen und verhaltensbedingte Konflikte in der Familie zu lösen.

Entsprechende Informationen und Unterstützung bei der Anmeldung zu einer Mutter-Kind-Kur können bei den Kurberatungsstellen der Unterbe-





**Bundesministerin Renate Schmidt besucht die Mutter-Kind-Kureinrichtung in Winterberg**

zirke und Kreisverbände eingeholt werden. Medizinisches und sozialpädagogisches Personal und eigene Bäderabteilungen in den Kureinrichtungen garantieren die qualifizierte Durchführung der von den Krankenkassen genehmigten Kurmaßnahmen.

Die Gesundheitsreform und das abgeleitete Gesundheitsmodernisierungsgesetz stellen an Kureinrichtungen neue inhaltliche Anforderungen. Die vier AWO-Mutter-Kind-Kureinrichtungen entsprechen diesen Anforderungen der Krankenkassen durch einen qualitativen Mitarbeitereinsatz und eine medizinisch-psychologische Rundum-Versorgung.

Durch ein definiertes Qualitätsniveau bei der Durchführung der Kurmaßnahmen garantiert die Arbeiterwohlfahrt den nachhaltigen Kurerfolg in ihren Einrichtungen. Hiervon überzeugte sich auch die jetzige Bundesfamilienministerin Renate Schmidt im August 2002 bei einem Besuch unserer Einrichtung in Winterberg.

Mit besonderem Stolz haben wir im März 2004 die neue Bäderabteilung unserer Einrichtung auf Norderney eröffnet und damit auch an diesem Standort die infrastrukturellen Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung von Mutter-Kind-Kuren erneut verbessert.

Als eine weitere Auswirkung der Gesundheitsreform – sowie bedingt durch eine veränderte Strategie der Kostenträger – kommen wirtschaftlich schwierige Zeiten auf unsere Einrichtungen zu. Bereits in den letzten Jahren hatten wir mit erheblichen Belegungsproblemen zu kämpfen - vor allem im Frühjahr und Winter. Kuren dauern nicht mehr vier, sondern nur noch drei Wochen. Die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen ist gefährdet. In der Konsequenz sahen wir uns gezwungen, den Kurbetrieb in Winterberg im Frühjahr 2004 einzustellen.

### **Seniorenreisen**

Vielen Teilnehmern sind die Standorte unserer Häuser auch durch wiederholte Besuche mit Ortsvereinen bekannt. Mit den Gästehäusern stehen gut ausgestattete Unterkünfte sowohl für Einzels als auch für Gruppenreisen zur Verfügung, die durch Lage und Ausstattung auf die speziellen Wünsche unserer Gäste ausgerichtet sind.

### **Behindertenreisen**

Bei Bedarf bestehen an den Standorten auch Unterkunftsmöglichkeiten für Personenkreise mit bestimmten Handicaps. In allen Einrichtungen halten wir Räumlichkeiten zur Nutzung durch Menschen mit Behinderungen vor; in einigen Einrichtungen auf Wunsch auch die Möglichkeit der Allein-Nutzung.

# AW Versorgungsgesellschaft mbH

Die Gesellschaft wurde im Juni 1984 als gemeinnützige Tochtergesellschaft des Bezirksverbandes gegründet. Ziel und Zweck dieser Gründung waren und sind die Versorgung aller Seniorenzentren des Bezirks mit Gütern des täglichen Bedarfs (Verbrauchsgüter) und Dienstleistungen. Durch die zentrale Steuerung der wichtigsten Konditionen bei der Güterbeschaffung (Auswahl der Handelsfirmen, einheitliche Preise – unabhängig von der Bezugsmenge und Qualitätssicherung durch Lieferantenbeurteilung) wird die Kostenoptimierung erreicht.

Mit Beginn des Jahres 1990 wurde die Gesellschaft – nach einer Betriebsprüfung des zuständigen Finanzamtes – zur unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaft erklärt. Im Jahre 1999 wurde der Betrieb der Zivildienstschule – bis 1998 beim Bezirk als steuerpflichtiger Geschäftsbetrieb geführt – in die AW Versorgungs GmbH integriert. Zum Jahresbeginn 2000 fusionierte die AW Versorgungs GmbH mit der AW Bau GmbH und übernahm die Geschäftsbereiche Baubetreuung, Koordination bei der Sanierung von Gebäudeteilen aus dem Immobilienbestand des Bezirks, Handwerkerleistungen und Arbeitssicherheit.

Die rasante Entwicklung auf dem Markt der Informationstechnologien (IT-Technik) und im so genannten „E-Commerce“ (elektronischer Handel) bedingen für den EDV-gestützten Einkauf eine Modifizierung der vorhandenen Softwareanwendungen. Viele Handelsfirmen haben ihre Artikel und kundenspezifischen Konditionen auf Internetplattformen bereitgestellt. In diesem Zusammenhang beschäftigt sich ein Arbeitstitel mit der zukünftigen organisatorischen Ausrichtung. Es gilt alte Pfade zu überprüfen und neue Wege

zu gehen. Der umfangreiche Gebäudebestand und die damit verbundene Gebäude- und Betriebstechnik sowie die Bauunterhaltung bedingen den Auf- und Ausbau geeigneter Managementinstrumente. In diesem Zusammenhang beschäftigt sich die Gesellschaft mit dem Aufbau des technischen Facility-Managements und bearbeitet zahlreiche Projekte, die sich mit Themen rund um die Bewirtschaftung der Seniorenzentren befassen.

Im Rahmen der Geschäftsbesorgung für die Muttergesellschaft wurde eine Datenbank für ein Notrufbereitschaftssystem aufgebaut und mit Partnerunternehmen die Rufbereitschaft neu organisiert. Darüber hinaus betreut die AW Versorgungs GmbH die Gebäudereinigung in den Einrichtungen, welche durch Reinigungsunternehmen erbracht wird. Viele interessante Aufgaben und Herausforderungen liegen vor uns, auf deren Bewältigung wir uns freuen.





**KORPORATIVE MITGLIEDER**

# Korporative Mitglieder

Neben der persönlichen Mitgliedschaft bei der Arbeiterwohlfahrt besteht seit 1965 für soziale, kulturelle und sozialpolitische Initiativen die Möglichkeit, korporatives Mitglied der AWO zu werden. Jede gemeinnützige Personen-/Interessengemeinschaft kann – unabhängig von ihrer Rechts-

form – der AWO als korporatives Mitglied beitreten. Allerdings werden nur solche Initiativen aufgenommen, deren Arbeit und Angebote mit den Grundsätzen der AWO vereinbar sind. Der Bezirksverband Westliches Westfalen e.V. hat derzeit 23 korporative Mitglieder:

1	AW Versorgungs GmbH	Kronenstr. 63–69 44139 Dortmund	Tel.: 02 31/54 83-0
2	AW Kur und Erholungs gGmbH	Kronenstr. 63–69 44139 Dortmund	Tel.: 02 31/54 83-0
3	Werkstätten der AWO Dortmund gGmbH	Lindenhorster Str. 38 44147 Dortmund	Tel.: 02 31/8 47 50
4	Westfalenfleiß gGmbH Gemeinnützige Werkstätten	Kesslerweg 42–44 48155 Münster	Tel.: 02 51/61 80 00
5	Siegener Recycling Werkstätten gGmbH	Koblenzer Str. 138 57072 Siegen	Tel.: 02 71/3 59 51-0
6	bobeq gGmbH gem. Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft, Bochum	Untere Marktstr. 3 44787 Bochum	Tel.: 02 34/96 47 70
7	Bildung und Lernen. Gem. Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH	Unnaer Str. 29 a 59174 Kamen	Tel.: 0 23 07/20 07-12
8	NaturFreunde Deutschlands Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.	Ebberg 1 58239 Schwerte	Tel.: 0 23 04/6 33 64
9	BÜRE gGmbH	Kesslerweg 11 48155 Münster	Tel.: 02 51/21 21 61
10	ZMO Landesverband Nordrhein-Westfalen	Luxemburger Str. 342 50354 Hürth	Tel.: 0 22 33/7 68 08

- 76
- |    |   |  |                         |
|----|---|--|-------------------------|
| 11 | Progressiver Eltern- und Erziehverband NRW (PEV) e. V.                                  | Hohenstaufenallee 1<br>45888 Gelsenkirchen | Tel.: 02 09/20 45 58    |
| 12 | Dialog zum Wohle des Kindes Ruhrgebiet e. V.  | Sauerbruchstr. 19<br>44801 Bochum          | Tel.: 02 34/70 61 47    |
| 13 | Freunde für Rußland e. V.   | An der Hordelwiese 8<br>44329 Dortmund     |                         |
| 14 | Verein zur Förderung der Wiedereingliederung Drogenabhängiger (VFWD) e. V. Projekt LÜSA | Platanenallee 3<br>59425 Unna              | Tel.: 0 23 03/2 34 10   |
| 15 | Glückauf Nachbarschaftshilfe e. V.  | Brechtener Str. 42<br>44536 Lünen          | Tel.: 02 31/98 70 77-27 |
| 16 | dobeq Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungsgesellschaft mbH                 | Klosterstraße 8 -10<br>44135 Dortmund      | Tel.: 02 31/99 34-109   |
| 17 | Verein zur Förderung der zeitgemäßen Lebensweise Kreis Münsterland e. V.                | Tiberstraße 21<br>48249 Dülmen             | Tel.: 0 25 94/9 41 70   |
| 18 | AWO Direkthilfe West-Münsterland  | Drostenstraße 1<br>46399 Bocholt           | Tel.: 0 28 71/3 40 90   |
| 19 | MDS gGmbH   | Kesslerweg 42–44<br>48155 Münster          | Tel.: 02 51/6 18 00-76  |
| 20 | REVAG   | Rellinghauser Str. 1<br>45128 Essen        | Tel.: 02 01/1 77 33 70  |
| 21 | rebeq gGmbH Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft, Recklinghausen             | Rappaportstr. 14<br>45768 Marl             | Tel.: 0 23 65/60 41 12  |
| 22 | parea. Gemeinnützige Gesellschaft für soziale Dienstleistungen                          | Bismarckstr. 34<br>48268 Greven            | Tel.: 0 25 71/8 11 25   |
| 23 | Förderverein des Fritz-Fries-Seniorenzentrums der AWO Siegen                            | Rosterstr. 186<br>57074 Siegen             | Tel.: 02 71/35 66 7     |



Herausgeber: Arbeiterwohlfahrt  
Bezirksverband Westliches Westfalen e.V.

Kronenstraße 63–69  
44139 Dortmund  
Tel.: (02 31) 54 83-0  
Fax: (02 31) 54 83-209  
[www.awo-ww.de](http://www.awo-ww.de)  
[info@awo-ww.de](mailto:info@awo-ww.de)

Verantwortlich: Wolfgang Altenbernd  
Fotografien: AWO  
Grafisches Konzept, Satz, Produktion:  
steinrücke + ich, Köln  
Druck: media team, Erfstadt

Mai 2004